OSTEUROPÄISCHE ZUKUNFT

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCHLANDS AUFGABEN IM OSTEN UND SÜDOSTEN

Amtliches Organ des Verbandes deutscher Förderer der ukrainischen Freiheits-Bestrebungen „UKRAINE“, des Donau- und Balkanländervereins in Deutschland „DUBVID“ E. V. München, der „DEUTSCH-GEORGISCHEN GESELLSCHAFT“, Berlin, der „DEUTSCH-FINNLÄNDISCHEN VEREINIGUNG“, Berlin und des „DEUTSCH-NORDISCHEN VERBANDES“ E. V., Berlin.

Herausgeber: Dr. **Falk Schupp**, Berlin, Prinz Albrecht-Str. 3.
Verlag: **J. F. Lehmann**, München, Paul Heyse-Straße 26.

1. Aprilheft 1917

:: :: Diese Zeitschrift erscheint monatlich zweimal 12—16 Seiten stark :: :: Bezugspreis: halbjährlich für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn M. 8.—, für das Ausland M. 9.—. Einzelne Hefte 60 Pf. Anzeigenpreis: 40 Pf. für die viergespaltene Petitzeile. Beiträge und Besprechungsstücke wolle man senden: An die Schriftleitung der Osteuropäischen Zukunft, Berlin SW. 11, Prinz Albrechtstr. 3; Zusendungen für den Bezug sowie für Anzeigen :: :: an J. F. Lehmanns Verlag, München SW. 2, Paul Heyse-Str. 26 :: :: (Postscheck-Kto. München 129 — K. K. Postspark.-Kto. 59594 — Bankkonto: Bayer. Vereinsbank)

2. Jahrgang Nr. 7

Inhalt.

Vereinsnachrichten.

Berlin. „Einigkeit macht stark!" könnte man der Besprechung des am 10. März in der Kgl. Hochschule für Musik, Fasanenstraße 1, stattfindenden Abend der musischen Künste osteuropäischer und morgenländischer Völker voransetzen. Ein einzelner Verein von allen denjenigen, die sich den Osteuropäischen Empfangsabenden angeschlossen haben, hätte jeder für sich niemals ein solches Fest zustande bringen können. Um es vorauszunehmen, haben sämtliche der 150 Mitwirkenden ihr Bestes gegeben, um das Fest zu einem glanzvollen zu gestalten in Musik und Tanz, den Gästen einen Einblick in das Volksleben der einzelnen ost- und südosteuropäischen Länder zu gewähren. Herr Dr. Oskar Fleischer, Professor an der kgl. Hochschule für Musik, hatte die Einstudierung und die Leitung des musikalischen Teils übernommen. Herr Prof. Theodor Grawert, 1. Armeemusikinspizient, leitete das Militärorchester der kgl. akademischen Hochschule für Musik. Für die außerordentlich umfangreichen Arbeiten bei der Einübung der Nationaltänze sind die Vereine Herrn Hofsolotänzer Egon Mangelsdorff zu besonderem Dank verpflichtet. Als Schmuck für die Bühne hatte Herr Bildhauer Joseph Waterbeck einen überlebensgroßen Adler modelliert und für den Abend zur Verfügung gestellt.

Mit der Vorführung urgermanischer Musikinstrumente, der Luren, eigenartig geformte Bronzehörner, von denen nur einige seltene Exemplare im Museum zu Kopenhagen vorhanden sind und deren ganz besondere Metallmischung heute niemand mehr nachzuahmen versteht, begann das Fest. Im zweiten Bild begrüßte Germania ihre Gäste. Österreicher, Ungarn, Bulgaren, Finnen, Türken, Ukrainer, sie alle bringen der Germania ihre Huldigung dar. Darauf erfreuten die Ungarn durch eine Zigeunerkapelle und Vorführung ihres nationalen Czardastanzes die Zuschauer. Die Österreicher dienten mit lustigen Wiener Liedern. Besonders Fräulein Erol vom Lessingtheater wußte die Wienerin vortrefflich zu verkörpern. Mit dem lebenden Bild: Kaiser Franz Joseph unter seinen Völkern und dem Hymnus: Gott erhalte Franz den Kaiser schloß die österreichische Abteilung. Außerordentlich wirkungsvoll gestalteten sich die bulgarischen Darbietungen. Fast alle in Berlin anwesenden bulgarischen Studenten und Studentinnen hatten sich in den Dienst der Sache gestellt. Bulgarische Volkslieder und der bulgarische Volkstanz Ratscheniza, ausgeführt von zwei Paaren in Nationaltracht, fanden besonderen Anklang und mußten wiederholt werden. Finnland kam durch Nationalmusik zur Geltung. Die Abteilung Türkei machte die Zuschauer mit alttürkischen Tänzen und Musikstücken bekannt. Den Schluß und Glanzpunkt des Abends bildete die Ukraine. Nachdem das Orchester die Volkshymne gespielt hatte, trug Herr Tscherbina, angetan mit dem Nationalgewand, auf der Bandura, dem Volksinstrument der Ukrainer, verschiedene Lieder vor, worauf Herr Konzertsänger Semeniw verschiedene ukrainische Lieder eindrucksvoll zum Vortrag brachte. Den Schluß der Abteilung bildete ein ukrainischer Volkstanz, der von zwei Paaren in Nationaltracht ausgeführt wurde. Der Beifall der Anwesenden zwang zur Wiederholung.

Ein deutscher Reitertanz aus der Zeit Friedrichs des Großen und ein lebendes Bild: Königin Luise, umgeben von ihren beiden Söhnen, zur Erinnerung ihres an diesem Tage sich jährenden Geburtstages sollte zum Ausdruck bringen, daß auch wir in unserm Volkstum nicht arm an Schätzen sind. Mit diesen Darstellungen aus unserer deutschen Heimat endete dieser genußreiche Abend.

Besonderer Dank gebührt auch Herrn Prof. Dr. Fleischer dafür, daß er die Erlaubnis zur Besichtigung der reichhaltigen Sammlung von Volksmusikinstrumenten in der Hochschule für diesen Abend erwirkt hatte. Während der Pausen und nach den Vorführungen sorgte Frau Degener in ihrer bekannten liebenswürdigen Weise für mannigfaltige Erfrischungen in den Vorräumen des Theatersaales. (Z.)

Oberingenieur Alfred Klötzer.

Osteuropäischer Abend in Sofia. Der Gedanke der osteuropäischen Gesellschaftsabende macht Fortschritte. In Sofia veranstaltet die Bulgarisch-Deutsche Gesellschaft, wie das „Echo de Bulgarie" meldet, seit Mitte März jeden Donnerstag Zusammenkünfte für ihre Mitglieder und Gäste im Gesellschaftsklub, Donaustraße 8. (Z.)

Vereinigung der bulgarischen Gelehrten, Schriftsteller und Künstler. Unter dem Vorsitz des Dichters Ivan Wasow hat sich in Sofia eine Vereinigung aller bulgarischen Gelehrten, Schriftsteller und Künstler gebildet mit der Aufgabe, zwischen den Gebildeten des Landes eine Verbindung herzustellen und mit den Vertretern von Wissenschaft, Schrifttum und Kunst im Auslande in Beziehungen zu treten, um ihnen Bulgarien und seine Hoffnungen bekannt zu geben. (Z.)

Berlin. Der 38. Osteuropäische Empfangsabend der vereinigten osteuropäischen und morgenländischen Vereine fand am 14. März im Ebenholzsaal des Weinhauses „Rheingold", Potsdamer straße 3, statt. Den Vorsitz hatte Seine Exzellenz Herr General der Infanterie Siemens in liebenswürdiger Weise übernommen. Der für den Abend gewonnene Redner, Herr Tseretheli, Präsident der Deutsch-georgischen Gesellschaft, sprach über die Befreiung Polens und das Nationalitätenprinzip. Er erachtete die Befreiung Polens, die gemeinschaftlich von Deutschland und Österreich-Ungarn vollzogen wurde, als eines der größten Ereignisse der Weltgeschichte. Vorerst sei die Wiedererrichtung des Königreichs Polen das einzige greifbare Ergebnis des Weltkrieges. Von der Wiederaufrichtung Polens werde Rußland am schwersten betroffen, denn eine reiche Beute nach ungefähr hundertjährigem Besitz sei ihm entgangen. In ihren Anklagen gegen die Befreier Polens bestreiten Rußland und seine Bundesgenossen die Berechtigung zur Befreiung dieser unterdrückten Nation. Die russische Regierung habe gegen die Befreiung protestiert und die Errichtung des neuen Königreichs als eine völker- und rechtswidrige Handlung bezeichnet, weil Polen ein Teil des russischen Reichsterritoriums, eine russische Provinz sei, und weil die Bildung eines polnischen Heeres und sein Anschluß an das österreichisch-ungarische Heer einen Zwang bedeute, den man auf einen Teil der russischen Nation ausübe gegen den andern Teil derselben Nation, d. h. gegen das eigne Vaterland zu kämpfen. Das sei völkerrechtswidrig. Diese Auffassung Rußlands sei aber nicht richtig; denn im Jahre 1815 wurde auf dem Wiener Kongreß das Königreich Polen errichtet und die polnische Krone dem russischen Kaiser anvertraut. Die polnische Verfassung war für die russische Regierung unantastbar. Das polnische Heer sollte in Polen stehen, um die Heimatgrenzen zu beschützen. Das Königreich Polen war also nicht als eine russische Provinz gedacht. Im Jahre 1830 sei Rußland nach Unterdrückung des polnischen Aufstandes mit entsetzlichen Grausamkeiten gegen die polnische Bevölkerung vorgegangen. Die Verfassung und das Heer des Königreichs Polen verschwand und das ganze Land wurde in eine russische Provinz verwandelt, was natürlich nur unter vollständiger Mißachtung der Bestimmungen des Wiener Kongresses möglich war. Nach den Ausführungen des Redners konnte sich Rußland aber auf folgende Weise rechtfertigen. Polen wurde im Kriege, veranlaßt durch die polnische Revolution, durch Rußland besiegt, und darauf konnte Rußland das Königreich Polen auf Grund des Eroberungsrechts zu einer russischen Provinz machen. Keine der Großmächte habe aber die Unterwerfung Polens durch Rußland anerkannt. Abgesehen davon, haben Deutschland und Österreich-Ungarn die polnische Provinz Rußland nicht für sich annektiert, Polen nicht nach dem Eroberungsrecht in deutsche und österreichische Provinzen verwandelt, sondern den Staat Polen wieder errichtet und der polnischen Nation ihre einst entzogene Freiheit zurückgegeben. Ferner sei Polen im Laufe der Geschichte ein selbständiger Staat gewesen, den man dreimal aufgestellt und schließlich vernichtet habe. Den größten Teil dieses polnischen Territoriums habe sich Rußland angeeignet. Nachdem nun die deutschen und österreichisch-ungarischen Befreier einen alten Fehler wieder gut machten und dem größten Teil der geknechteten Nation die politische Unabhängigkeit zurückgaben, protestierten Rußland und seine Bundesgenossen im Namen des Völkerrechtes und beschuldigten die Befreier der Rechtsverletzung. Deutschland und Österreich-Ungarn hätten aber nach den Ausführungen des Redners das Königreich Polen ferner wieder aufgerichtet, weil die auf dem besetzten Gebiet wohnende polnische Nation nach der Rechtsüberzeugung der Befreier berechtigt ist, sich wieder politisch zu organisieren. Das nationale Moment spiele hier die Hauptrolle und sei entscheidend. Der Vortragende entwickelte nun in längeren Ausführungen das Staaten- und Nationalitätenprinzip und kam zu dem Schlusse, daß letzteres maßgebend sein sollte. Hier sei ein Widerspruch im internationalen Recht. Das gerechte internationale Recht sollte als ein höchstes Ziel aufstellen das Hauptrecht der Nation, d. h. das Recht auf eine eigene Staatsorganisation zu wahren. Dieses Recht fehle noch vielen Völkern, obwohl im letzten Jahrhundert eine größere Anzahl derselben diese Organisation wieder gewonnen hätten. Mit Bezug auf den Protest der Ententestaaten sagte der Vortragende: „Nehmen wir einen Augenblick an, daß die Befreiung Polens dem bestehenden positiven Völkerrecht nach wirklich eine rechtswidrige Handlung war, so könnte man wohl behaupten, daß eine solche Art der Verletzung des Völkerrechts, wenn sie eine Gewohnheit geworden wäre, erst ein richtiges Völkerrecht geschaffen hätte, in dem durch solche Verletzung jede staatenlose Nation ihr verlorenes Recht wieder erwerben würde. Warum sollten solche Völkerrechtssätze nicht verletzt werden, die unser Gerechtigkeitsgefühl nicht mehr befriedigen und den modernen internationalen Anschauungen nicht mehr entsprechen?" Zum Schlusse dieser hochinteressanten Ausführungen bemerkte der Redner noch, vielleicht gelänge es den Mittelmächten, auch die ukrainische Frage glücklich zu lösen. Wenn aber diese ungeheure positive Arbeit der Befreiung unterdrückter Völker in der Sprache der Gegner Deutschlands eine Verletzung des Völkerrechts sein soll, so wäre es allen unterdrückten Völkern zu wünschen, so bald als möglich Opfer solcher völkerrechtswidriger Handlungen zu werden.

Für die Verteidigung seiner eigenen Rechte sei Deutschland in den Krieg gezogen; das Schicksal aber wolle es, daß es mit seinem Blute auch für die Freiheit und das Recht aller Nationen kämpfe.

Den Schluß des Abend bildeten einige Gesangsvorträge, mit denen Fräulein Brasch die Anwesenden erfreute. (Z.)

(Fortsetzung siehe dritte Umschlagseite.)

OSTEUROPÄISCHE ZUKUNFT

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCHLANDS AUFGABEN IM OSTEN UND SÜDOSTEN

Amtliches Organ des Verbandes deutscher Förderer der ukrainischen Freiheits-Bestrebungen „UKRAINE“, des Donau- und Balkanländervereins in Deutschland „DUBVID“ E. V. München, der „DEUTSCH-GEORGISCHEN GESELLSCHAFT“, Berlin, der „DEUTSCH-FINNLÄNDISCHEN VEREINIGUNG“, Berlin und des „DEUTSCH-NORDISCHEN VERBANDES“ E. V., Berlin.

Herausgeber: Dr. **Falk Schupp**, Berlin, Prinz Albrecht-Str. 3.
Verlag: **J. F. Lehmann**, München, Paul Heyse-Strasse 26.

1. Aprilheft 1917

:: :: Diese Zeitschrift erscheint monatlich zweimal 12—16 Seiten stark :: ::
Bezugspreis: halbjährlich für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn M. 8.—, für das Ausland M. 9.—. Einzelne Hefte 60 Pf. Anzeigenpreis: 40 Pf. für die viergespaltene Petitzeile. Beiträge und Besprechungsstücke wolle man senden: An die Schriftleitung der Osteuropäischen Zukunft, Berlin SW. 11, Prinz Albrechtstr. 3; Zusendungen für den Bezug sowie für Anzeigen :: :: an J. F. Lehmanns Verlag, München SW. 2, Paul Heyse-Str. 26 :: ::
(Postscheck-Kto. München 129 — K. K. Postspark.-Kto. 59594 — Bankkonto: Bayer. Vereinsbank.)

2. Jahrgang Nr. 7

Der englische Umsturz in Rußland.

Von Paul Dehn, Berlin.

Am 23. März 1801 wurde Zar Paul I. ermordet. Er war der Begründer des Neutralitätsbundes von 1800 gegen England und als solcher in London ein Stein des Anstoßes. Wie Sorel (L'Europe et la révolution française, Paris 1895—1904, VI. Band Seite 121) angedeutet hat, wurden die ersten Fäden der Verschwörung gegen den Zaren Paul in der englischen Gesandtschaft zu Petersburg geknüpft. Lord Withworth, der damalige englische Gesandte in Petersburg, stand mit den Gegnern des Kaisers in engsten Beziehungen. Tatsächlich zog die englische Politik aus der Ermordung Pauls I. großen Nutzen, denn der Neutralitätsbund zerfiel und Rußland mußte wesentliche Zugeständnisse machen.

An dieses Ereignis erinnerte der Umsturz in Petersburg. Ein Vorspiel dazu war die Ermordung Rasputins. Er galt als friedensfreundlich und hatte erklärt, Rußland würde bei weiterer Teilnahme am Kriege gefährdet werden. Rasputin wurde von englischen Spähern überwacht, die alle Vorbereitungen zum Morde kannten, den englischen Botschafter unterrichteten und der Ermordung selbst beiwohnten. Zaren ermordet man nicht mehr, dazu war man in London und Petersburg zu aufgeklärt. Den englischen Anstiftern genügte die Absetzung des Zaren durch eine Palastrevolution.

In seinen Erinnerungen „Aus meinem Diplomatenleben“ (Leipzig 1916) behandelt der frühere Botschafter der nordamerikanischen Union in Petersburg Andrew White die englisch-amerikanischen Streitigkeiten vom Jahre 1892 in bezug auf das Beringsmeer und spricht von dem „unbegrenzten Einfluß“, den der damalige englische Botschafter in Petersburg, Sir Robert Morier, übte. Alle Angestellten des Auswärtigen Amtes, auch die höchsten, bemühten sich, mit dem englischen Botschafter auf gutem Fuß zu stehen. Er hatte unbeschränkte Mittel zu seiner Verfügung und empfing in seinem Hause die höchsten Beamten des russischen Reiches. Von diesem Botschafter sagt White: „Er bedeutet eine Macht“.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts hatte Rußland von der englischen Politik arge Demütigungen hinzunehmen. Es galt den Engländern als Feind, der, wie seit 1914 das Deutsche Reich, im Interesse der Freiheit und Menschheit niedergerungen werden sollte. Als 1877 das russische Heer vor Konstantinopel stand, mußte es vor Englands Androhung zurückweichen. England war es, das die Japaner zum Krieg gegen Rußland anstachelte und ihm eine empfindliche Schwächung beibrachte. Trotz alledem gelang der englischen Politik im Jahre 1907 die Verständigung mit Rußland über Persien usw. Englands Einfluß in Petersburg stieg von Jahr zu Jahr, verwickelte Rußland in den Krieg mit Deutschland und wurde seither geradezu maßgebend. Mehr als 20 000 Engländer sollen über Rußland verstreut sein und wichtige Stellungen im Verkehrsleben einnehmen. Rußlands Einfuhr an Kriegsbedarf wird von englischen Beamten beaufsichtigt. Die Dumamitglieder standen unter englischem Druck. Nach einem Bericht der „Hamburger Nachrichten“ vom 20. März steht Rußland unter englischer Diktatur, und diese englische Diktatur ist russischer, als jemals eine russische Diktatur sein kann! So sehr war Rußland in Englands Gewalt, daß nach estnischen Blättern die Engländer gedachten, sich in Reval festzusetzen und dort einen englischen Hafen zu schaffen, um in der Ostsee Fuß zu fassen.

Als Rußland gegen das Deutsche Reich zu Felde zog, begeisterte sich das liberale England für den selbstherrlichen Zaren und sein Reich als Bundesgenossen im Kampf für Völkerfreiheit, und ganz England jubelte zu der Drahtung König Georgs an den Zaren nach Kriegsbeginn: „Ich teile Deine Überzeugung, daß mit Gottes Hilfe Du und Dein tapferes Heer zusammen mit den Bundesgenossen zum Schluß den Sieg erringen und einen ehrenvollen und sicheren Frieden sichern werden. Meine Gedanken sind mehr denn je bei Dir in dieser fürchterlichen Zeit.“

Die Stimmung der englischen Politik und Presse schlug um, da der Zar im Verlauf des erfolglosen Krieges sich nicht herbeilassen wollte, den englischen Winken unbedingt zu gehorchen. Die Entlassung Ssasonows, den ein russisches Dumamitglied einen „englischen Kommis“ genannt hatte, machte in London böses Blut, und die englischen Politiker spannen Ränke gegen die Minister Stürmer und Protopopow,

weil sie in dem Verdacht standen, friedensfreundlich zu sein.

Mit welchen Mitteln der Entstellungen und Verdächtigungen die Londoner Presse noch unmittelbar vor dem Ausbruch des Umsturzes gegen die vermutete Deutschfreundlichkeit gewisser russischer Kreise arbeitete, zeigt nachstehende Auslassung der Londoner „Morning Post“ vom 27. Februar: „Deutschland hat Rußland in den Krieg mit Japan hineingehetzt. Deutschland benutzte die so geschaffenen Schwierigkeiten Rußlands, um wirtschaftliche Zugeständnisse von ihm zu erpressen, die das russische Volk hilflos der Gier des deutschen Handels auslieferten. Deutschland hat sich lange Zeit bemüht, Schweden einzureden, Rußland sei sein Feind. Deutschland hat durch hinterlistige und teuflische Mittel den Fortschritt in Rußland aufgehalten. Jede patriotische Bewegung wurde von Deutschland unterbunden. Deutschland hat den Zaren gegen das russische Volk ausgespielt, indem es Mißtrauen und Mißverständnisse zwischen Krone und Volk säte. Deutschland heckt Komplotte aus, läßt Attentate verüben, um Furcht vor Attentaten zu erregen. Seit Kriegsbeginn hat Deutschland Beamte bestochen, um Waffen und Munition zu zerstören, um Truppen verhungern zu lassen, um Pläne zu erraten, um Operationen zu vereiteln und mit allen Mitteln eine Revolution herbeizuführen, die Rußland hilflos seinen Feinden ausliefern würde. Die deutschen Machenschaften gingen so weit, daß Miljukow den ehemaligen Ministerpräsidenten Stürmer anklagte, er sei in deutschem Solde und arbeite an der Zerstörung der Sache des Verbandes und Rußlands. Stürmer ist gefallen, aber es bleibt noch eine Regierung übrig, welcher die Duma und das Volk mißtrauen. Wenn Rußland nicht die Eindringlinge aus seinen Gebieten vertreibt und dazu hilft, die deutsche Weltverschwörung niederzuschlagen, wird Rußland die Unabhängigkeit verlieren. Das deutsche Joch wird stärker werden. Rußlands Handel, Industrie und Erziehungswesen werden für immer in deutscher Gewalt bleiben, und selbst die russische Krone wird dem Willen Berlins unterworfen sein. Für Rußland ist dieser Krieg ein Freiheitskrieg, und Rußland kann sich nur durch den Sieg die Freiheit sichern. Die Freunde und Verbündeten der russischen Regierung können daher nur wünschen, daß die Einigkeit zwischen Volk und Regierung wieder hergestellt wird, damit nichts die russische Armee von ihrem Anteil an der großen Aufgabe abhält, die noch vor uns liegt.“

Die englischen Politiker mischten sich in die inneren Verhältnisse Rußlands und ergriffen Partei für die Duma, angeblich um die Einigkeit zwischen Volk und Regierung herzustellen. Mit der überlieferten Tartüfferie schrieb die „Daily News“ am 7. März d. J.: „Kein Engländer hegt den Wunsch, am allerwenigsten jetzt, sich ohne Berechtigung in die inneren Verhältnisse Rußlands einzumischen. Aber dieser Kampf zwischen der Duma und Protopopow ist keine reine innere Angelegenheit, sondern eine wichtige Phase des Weltkrieges.“

Schon längere Zeit hatte der englische Botschafter in Petersburg mit den Dumaführern innige Fühlung erlangt. Hier fand er, was er suchte, eifrige Kriegstreiber deutschfeindlichster Richtung aus Partei- oder Handelsinteresse, die fortschrittlichen Politiker mit kapitalkräftigen Vertretern von Großhandel und Industrie, mit verschuldeten und erkauften Offizieren im Rückhalt, doch ohne die sichere Gefolgschaft der Massen. Nachdem die englischen Bemühungeni insbesondere anläßlich der Petersburger Vierverbandsbesprechungen unter Führung Lord Milners von Anfang März, zwischen Zar und Duma zu vermitteln, ergebnislos geblieben waren, ließ man in London den Zaren fallen und brachte mit Hilfe der schon vorher gewonnenen Dumaführer den Umsturz zustande, der insofern ein englischer genannt werden kann, als er englische Kriegsziele verfolgen sollte, vor allem die Stärkung der russischen Kriegslust. Der erste Straßenjubel der Umstürzler galt dem englischen Botschafter.

Vielleicht war der Umsturz nicht zu vermeiden. Aber England beschleunigte ihn im Interesse seines Krieges. Ohne englisches Eingreifen und ohne englisches Geld wäre der Umsturz sicherlich so rasch nicht erfolgt.

Anfangs bildete man sich in London ein, einen großen Erfolg, einen neuen Sieg errungen zu haben, und frohlockte. Bonar Law, der Minister des Auswärtigen, ein englischer Gentlemen aus den Kreisen Eduards VII., gewann es über sich, im Unterhause schon am 15. März, also vorzeitig, die Abdankung des Zaren als einen englischen Erfolg hinzustellen, ja als ein englisches Unternehmen erscheinen zu lassen; denn freudig fügte er hinzu: Es sei eine wirkliche Erleichterung für England, daß die Bewegung nicht auf die Erlangung des Friedens hinziele und sich nur gegen eine Regierung richte, weil sie den Krieg nicht wirksam und kräftig genug weiterführe.

Erst am 23. März sah sich Bonar Law veranlaßt, dem abgesetzten Zaren, dem kurz vorher noch hochverehrten Bundesgenossen, zwar kein Wort des Dankes, doch aber ein Wort des Mitgefühls auszusprechen, indessen wiederum mit der Freude darüber, namens der „Mutter aller Parlamente“, daß in dem letzten Abschnitt des Kampfes alle verbündeten Völker eine gleiche Regierungsform haben. Indessen war in England selbst der Parlamentarismus durch eine Art von Diktatur ersetzt worden, was Gardiner in der „Daily News“ vom 24. Februar mit dem Bemerken zugab, die Regierung sei zu einem „Rat von Vieren“ geworden.

Auch der frühere englische Ministerpräsident Asquith äußerte am 23. März im Unterhause seine Genugtuung darüber, daß eine Autokratie, die ein untrennbarer Teil des russischen Lebens zu sein schien, innerhalb weniger Tage hinweggefegt werden konnte, und knüpfte daran die Hoffnung, daß das russische Volk sich nicht von dem festen Entschluß abbringen lassen werde, mit Anspannung aller Kräfte den Krieg bis zu einem Ende zu führen, der das Land für alle mit den Verbündeten gebrachten Opfer entschädigt.

Noch unvorsichtiger äußerte sich die englische Presse mit der Versicherung, die eigentliche Triebfeder des russischen Umsturzes sei der einmütige Wille des russischen Volkes zur tatkräftigen Fortsetzung des Krieges gewesen. Nirgends hatte man größeres Interesse und zugleich größeren Anteil an dem Walten dieser Triebfeder als in England, wo man den russischen Umsturz als englisches Erzeugnis feierte. Man sah in ihm eine Bürgschaft für die kräftige Weiterführung des Krieges und einen schweren Schlag gegen Deutschland. Am 16. März jubelte die „Morning Post“: „Ein neues, freies Rußland ist über Nacht aus dem autokratischen Reiche entstanden, ein neues Rußland, wo die letzten Reste des deutschen Einflusses jetzt endgültig zusammengebrochen, wo tausend neue Energien plötzlich zusammengeflossen sind, die nur das eine Ziel verfolgen, die restlose Bekämpfung Deutschlands.“ Die liberale „Daily News“ bestätigte, das deutsche Prestige in Rußland sei zusammengebrochen, und der sonst so gemäßigte „Manchester Guardian“ erklärte: „Der Umsturz ist der tödlichste (!) Schlag für die Kriegsmoral Deutschlands. Das Deutschland der Junker steht schon vor der ängstlichen Frage, wie es sich aufrecht erhalten soll.“

Es ist erstaunlich, daß man sich in England vor den unausbleiblichen Folgen der Petersburger Umsturzbewegung die Augen verschloß. Jahre vorher hatten die russischen Revolutionäre, Anarchisten und Nihi-

listen in England eine sichere Freistätte gefunden und allerlei Beziehungen mit englischen Politikern angeknüpft. Die Eigenart dieser russischen Umstürzler mit ihren Bestrebungen und letzten Zielen konnte in England am unmittelbarsten erkannt werden. Nach Verkündung der russischen Amnestie durften diese Umstürzler in ihre Heimat zurückkehren und dort mit den Verbannten aus Sibirien fortsetzen, was die russischen Girondisten in Petersburg begonnen. Es wäre ungeschichtlich, würde sich der Umsturz in Petersburg wesentlich anders entwickeln als die französischen Umwälzungen von 1789 und 1870. Zwar fehlt den Russen ein Mirabeau, aber die Robespierre werden sich leicht finden. Das Bremsen der Girondisten, neuzeitlich ausgedrückt der Anhänger des parlamentarischen Regierungssystems, pflegt vor dem Antriebe der radikalrevolutionären Massenführer zu versagen.

Der fortschrittliche Klub unter Führung von Miljukow steht zwischen zwei Feuern. Von den Radikalen wird er zum Frieden gedrängt, von den Engländern zum Kriege getrieben.

Die radikale Gefahr ist unmittelbar und wird erhöht durch die Kriegsmüdigkeit und Friedensbedürftigkeit weiter Kreise des russischen Volkes. Dazu der Mangel an Lebensmitteln. Der körperliche verschärft den sozialen Hunger. Vor allem ruft man nach Brot, nach inneren Reformen, nach Einberufung einer Volksvertretung auf Grund des allgemeinen Stimmrechts behufs Ausarbeitung einer Verfassung und nicht nach Krieg. Wiederholt hat der radikale Führer Kerenski, zurzeit Mitglied des Ministeriums Miljukow, gegen den Imperialismus und dessen Eroberungslust gesprochen. In seiner Dumarede vom 16. August 1915 hat er sogar die Engländer als die wirklichen Schuldigen am Kriege hingestellt.

Nicht weniger fühlbar für die fortschrittliche Klubregierung ist der englische Druck, der noch härter als zuvor geübt wird. Seit Kriegsbeginn ist Rußland finanziell von England abhängig und dürfte annähernd 10 bis 15 Milliarden Mark an englischen Kriegszuschüssen erhalten haben. Daraufhin verschärfte der englische Botschafter in Petersburg seinen Einfluß und ließ die ganze russische Geldgebarung überwachen. Die neue russische Regierung benötigt eine größere Anleihe, kann aber von England Geld nur erhalten, wenn sie sich der englischen Kriegspolitik unbedingt fügt. So mag die russische Regierung den Willen zur Fortsetzung des Krieges bis zum Siege bekunden, doch fragt es sich, ob sie auch die Kraft haben wird, diesen Willen durchzuführen.

Die kritische Lage des heutigen Rußlands ist ein Ergebnis englischer Politik. Schon lange hatte man in London einen deutsch-russischen Krieg gewünscht, damit sich beide Großmächte zerfleischen. Kriege auf dem europäischen Festlande waren für England stets Zeiten der Ernte. Auch der große Krieg von 1914 wurde ausschließlich von englischen Interessen eingeleitet. Die englische Politik trieb Rußland in diesen Krieg und nötigte es, alle seine Kräfte an Menschen und Nahrungsmitteln ausschließlich in den Dienst des Krieges zu stellen, bis die Hungersnot ausbrach und England das alte, kriegsmatte Rußland in Trümmern schlagen ließ, um ein neues Rußland für seinen Krieg zu gewinnen.

Noch bemühte sich die englische Politik, die vordem den selbstherrlichen Zaren umschmeichelt hatte, das neue Rußland mit Deutschenhaß zu erfüllen, Rußlands Kriegslust anzufeuern und Rußlands Kriegskraft zu stärken. Durch Miljukow ließ sie verkünden, ein deutscher Sieg würde ein Sieg der Reaktion sein. Englands Krieg um Sicherung und Erweiterung seiner Oberweltherrschaft wurde als ein idealer Kampf für die Volksherrschaft gegen deutsche Rückständigkeit hingestellt, nur um die Hilfe des russischen Millionenheeres wieder zu erlangen. Aber nach der Absetzung des Zaren fehlt es dem Heere für seine Kämpfe an einem greifbaren Sinnbild. Seine Kraft wird gelähmt. Sollen Offiziere und Mannschaften an der Front für die fortschrittliche Klubregierung Blut und Leben lassen oder für ihre sozialrevolutionäre Nachfolge oder für ein späteres, noch nicht erkennbares Säbelregiment? Im übrigen ist es selbst dem stärksten Reiche nicht möglich, gleichzeitig äußere und innere Feinde gefährlichster Art niederzukämpfen. Krieg und Umsturz zugleich kann auch Rußland nicht bewältigen. Innere Umwälzungen schwächen die auswärtige Politik. So bleibt die Frage: Krieg oder Umsturz? Die Antwort kann für Rußland kaum zweifelhaft sein.

Die englische Politik hat mit ihrem Umsturz in Rußland eine empfindliche Niederlage erlitten. Schon frugen fanzösische Zeitungen besorgt, ob nicht die englische Politik durch die Anstiftung der russischen Revolution einen großen politischen Fehler beging, ob es ihr gelingen wird, die russische Revolution in englischem Fahrwasser zu halten. Mag Englands Niederlage ein erster Schritt sein zur Erlangung eines Friedens, der dem Deutschen Reich in West und Ost festere Stellungen sichert und ihm im Osten neue Siedelungsgebiete zuführt, damit es seine landwirtschaftliche Erzeugungsfähigkeit vermehren und seine wirtschaftspolitische Unabhängigkeit verstärken kann. (Z.)

Helft uns siegen!



zeichnet die Kriegsanleihe

(Zum Text auf Seite 110.)

Die Vergangenheit und die Zukunftsmöglichkeiten Finnlands.

Von Dr. E. Lindkoski, Helsingfors.

Einem Fremden ist es nicht ganz leicht, die geschichtliche Stellung Finnlands richtig zu erkennen. Das Verhältnis des Landes zu Schweden, das Verhältnis der schwedischen Bevölkerung Finnlands zu den eigentlichen Finnen, endlich dasjenige des Großfürstentums zu Rußland — das sind Fragen, die sogar einem, der die Geschichte der nordischen Länder ziemlich gut kennt, nicht ohne weiteres verständlich sein können.

Als im 13. Jahrhundert die Schweden das Land östlich des Bottnischen Meerbusens ihrem Reiche einverleibten, bedeutete das die Übertragung des christlichen Glaubens, der schwedischen Gesetze und Verwaltung nach Finnland. Das Land wurde keine angegliederte Provinz des Reiches, sondern ein integrierender Teil, mit den älteren, nationalschwedischen Landschaften in jeder Hinsicht gleichberechtigt. Das Verhältnis ist nicht als eine Union zu bezeichnen — vollends nicht als eine Personalunion —, denn Finnland war nicht nur ein Teil des schwedischen Reiches, sondern ein Teil Schwedens. Die schwedischen Könige können also nicht als „fremde" Herrscher in Finnland bezeichnet werden; von altersher — zum ersten Male 1362 — hatte eine Abordnung der Finnländer neben den Vertretern der älteren schwedischen Landschaften an der Königswahl teilgenommen, und als seit dem 15. Jahrhundert die Form der Volksvertretung sich allmählich ausbildete, um zur Zeit Gustafs II. Adolfs gesetzlich geregelt zu werden, war eine ganz selbstverständliche und nie diskutierte Tatsache, daß Vertreter Finnlands unter den Mitgliedern aller vier Stände des Reichstags zu finden waren. Seit dem 16. Jahrhundert haben finnländische Männer vielfach eine bedeutende Rolle in der Geschichte Schwedens gespielt, und zwar nicht nur solche, die als in Finnland ansässigen, eingewanderten Familien angehörig, „Finnländer" genannt werden können, sondern auch Mitglieder ursprünglich einheimischer Familien. Denn die Befugnis der Finnländer, Ämter zu bekleiden, war keineswegs auf ihre Heimat in engerer Beziehung beschränkt; die ganze Stellung Finnlands innerhalb des Reiches hätte eine solche Beschränkung nicht nur sinnlos, sondern direkt unmöglich gemacht. Eine ganze Reihe von hervorragenden schwedischen Kriegern und Staatsmännern des 16., 17. und 18. Jahrhunderts waren Finnländer. Die berühmte und glänzende Familie Horn, von deren Mitgliedern nicht weniger als 17 unter den Reichsräten — d. h. den Regierungsmitgliedern — gezählt wurden, war u. a. finnländischer Herkunft. Klas Horn (im 16. Jahrhundert) ist als der größte Seeheld Schwedens bekannt; er besiegte in den sechziger Jahren wiederholt die vereinigte dänisch-lübische Flotte und beherrschte die Ostsee; über seinem Admiralschiffe wehte zum ersten Male die heutige schwedische Flagge. Gustav Horn (im 17. Jahrhundert) war einer der tüchtigsten Heerführer Gustav Adolfs und trug in erster Linie zum Siege von Breitenfeld bei. Arvid Horn (im 18. Jahrhundert) war nach dem Tode Karls XII. zwanzig Jahre lang der tatsächliche Regent des Reiches und ist als einer der bedeutendsten Staatsmänner Schwedens bekannt. Das sind nur einige Beispiele — freilich von den hervorragendsten.

Als finnländische Krieger in den Heeren Schwedens kämpften, dienten sie also keinem fremden Herrn im landläufigen Sinne des Wortes. Zwar war die Reichssprache nicht diejenige der großen Masse der Bevölkerung Finnlands, allein mit dieser Ausnahme hatten die Bewohner der Landschaften beiderseits des Bottnischen Meerbusens alles gemeinsam: Regierung und Volksvertretung, Gerechtsame und Pflichten, staatliche und kirchliche Verwaltung, Gesetze und Wehrmacht.

In den verschiedenen Gruppen der gesellschaftlichen Oberschicht Finnlands — dem Adel, der Geistlichkeit, dem nichtadeligen Teil des Militär- und Beamtenstandes, der kaufmännischen Aristokratie — waren schwedische und finnische Elemente untereinander vermischt, und dazu kam noch ein bedeutender Zusatz ausländischer — besonders deutscher — Elemente, die meistens als Krieger oder Kaufleute ins Land gekommen waren. Allmählich wurde die schwedische Sprache als Reichssprache in der gesellschaftlichen Oberschicht vorherrschend — der lebhafte Austausch von Kriegern und Beamten zwischen dem eigentlichen Schweden und dem Reichsteile jenseits des Bottnischen Meerbusens trug viel dazu bei —, allein nie hat in Finnland eine mehr oder weniger abgeschlossene schwedische Oberschicht einer rein finnischen Unterschicht gegenüber gestanden; denn einerseits ist unter den höheren Ständen nie die finnische Sprache vollständig ausgestorben — lebte doch ein bedeutender Teil jener Stände als Geistliche oder Gutsbesitzer inmitten des finnischen Volkes, dem viele ihrer Familien entsprungen waren —, und andererseits gab es und gibt es noch heute seit alters in Finnland eine der Sprache und im wesentlichen auch der Herkunft nach schwedische Bauernbevölkerung, die einen großen Teil der Küsten entlang ansässig war und ist. — Die Analogie mit den sprachlichen und sozialen Verhältnissen in den Baltischen Provinzen ist also nicht stichhaltig.

Im Gegensatz zu Finnland waren die später erworbenen überseeischen Besitzungen — Ingermanland, Estland, Livland, Schwedisch-Pommern und das Gebiet zwischen der Weser- und der Elbmündung — dem Reiche angegliederte Provinzen mit besonderer Verwaltung und ohne Vertretung im Reichstage.

Während der langen Zeit der Vereinigung mit Schweden — mehr als ein halbes Jahrtausend — ist in Finnland kein Aufstand gegen die schwedische Regierung vorgekommen. Als in der Epoche der sogenannten Unionszeit, die hauptsächlich das 15. Jahrhundert umfaßte, die geplante Personalunion zwischen Schweden, Dänemark und Norwegen in eine drückende Fremdherrschaft der dänischen Unionskönige ausartete, weil diese, von den mitteleuropäischen Verhältnissen in Dänemark beeinflußt, der uralten schwedischen Volksfreiheit, deren auch Finnland teilhaftig war, kein Verständnis entgegenbrachten, wurde auch dieses Land ein Schauplatz des Kampfes zwischen den Anhängern der Unionsidee und den Verteidigern der Volksfreiheit. Als Gustav Wasa in den zwanziger Jahren des 16. Jahrhunderts den Ansprüchen der dänisch-norwegischen Könige, Schweden im Namen der skandinavischen Einheit unterjochen zu dürfen, endgültig ein Ende bereitete, wurde seine Herrschaft in Finnland von Männern finnländischer Herkunft befestigt.

In den neunziger Jahren desselben Jahrhunderts stand die Masse der Bevölkerung des schwedischen Reiches in scharfer Opposition gegen König Sigismund, der — zugleich König von Polen und sich auf dieses Reich, wo er am meisten verweilte, stützend —, die protestantische Kirche und die bürgerliche Freiheit bedrohte. Sein Oheim Herzog Karl (der Sohn Gustav Wasas und Vater Gustav Adolfs), der in Abwesenheit des Königs im schwedischen Reichsrat präsidierte, stand an der Spitze der Oppositionspartei, die von überwäl-

tigender Stärke war. Nur ein Teil des Adels hielt an dem König fest, und ganz besonders der Adel in Finnland. Der königliche Statthalter des Landes, Klas Fleming, Reichsadmiral und Reichsmarschall, übrigens selbst ein Finnländer, hielt mit Hilfe geworbener Truppen die Bevölkerung in strengster Botmäßigkeit. Gegen seine drückende Herrschaft erhoben sich die Bauern in großen Teilen des Landes; dieser Aufstand ist als der „Keulenkrieg“ bekannt. Die Aufständigen hofften auf die Hilfe Herzog Karls, die zu leisten er jedoch nicht in der Lage war. So wurden sie von den königstreuen Truppen Flemings besiegt. Allein schon im folgenden Jahre, 1598, schlug und vertrieb Karl den in Schweden mit polnischen Truppen gelandeten König, setzte sodann nach Finnland hinüber und befreite das Land von der Herrschaft des neuen königlichen Statthalters; Fleming war inzwischen gestorben. Der Reichstag erklärte Sigismund der Krone verlustig und bot sie dem Herzog an; dieser ist als König Karl IX. bekannt.

Der „Keulenkrieg“ war also keineswegs eine gegen die schwedische Regierung — oder gar gegen Schweden — gerichtete Erhebung: er war in erster Linie sozialer Natur, und seine Spitze richtete sich nicht gegen die Stockholmer Regierung Herzog Karls, sondern gegen den dem Reiche entfremdeten katholischen und halb polonisierten König Sigismund in der Person seines hervorragenden Anhängers, Klas Fleming.

Während der schwedischen Großmachtszeit nahm Finnland bedeutenden Anteil an der gewaltigen Arbeit und Bürde jener Epoche.

Die psychische Entspannung, die den anfangs glänzenden, aber unglücklich endenden Kriegen Karls XII. folgte, besiegelte vorläufig das Schicksal des Großfürstentums. Das schwedische Reich besaß nicht mehr die Kraft, sich gegen Rußland zu wehren. Nachdem Finnland im Jahre 1808 von den Russen erobert worden war, ward es von der schwedischen Regierung im folgenden Jahre förmlich an Rußland abgetreten.

Damit verzichtete Schweden endgültig auf seine Besitzungen östlich des Bottnischen Meerbusens, und seitdem hat sich kein nennenswertes Verlangen nach der Wiedergewinnung Finnlands verspüren lassen.

Allein Finnland wurde dem großen Reiche nicht ohne weiteres einverleibt: es ward ein autonomer Staat, mit Rußland in einer Art Union vereinigt, ohne Einfluß auf die auswärtige Politik, im Innern aber vollkommen selbständig. Während der Zar in dem weiten Kaiserreiche unumschränkter Herrscher war, war er als Großfürst von Finnland ein konstitutioneller Regent. Alle Beamten des Landes waren einheimische Männer; die schwedischen Gesetze behielten ihre Gültigkeit bei; die rechtlichen, kirchlichen und sozialen Verhältnisse blieben von der Eroberung unbeeinflußt. Die Volksvertretung bewahrte die Form des schwedischen Reichstags, wurde aber Landtag genannt; der Kaiser trat an die Stelle des schwedischen Königs.

* * *

Neunzig Jahre lang war nun Finnland ein im großen und ganzen zufriedenes Land und seine Loyalität gegen den Kaiser und Großfürsten war makellos. An einen Aufstand hat man in Finnland während dieser Zeit ruhiger, aber kräftiger innerer Entwicklung auf geistigen wie materiellen Gebieten nie gedacht. Doch diesem glücklichen Zustande wurde von russischer Seite ein Ende gemacht.

Die Petersburger Regierung fing an, das Recht des finnländischen Landtags konsequent zu verneinen. Dieser sollte in eine bedeutungslose ratgebende Institution verwandelt, die unumschränkte Macht des Zaren — d. h. die Willkür der russischen Bürokratie — über Finnland ausgedehnt werden. Die Absicht der führenden russischen Kreise war, Finnland flach zu stampfen, seine rechtliche, kulturelle, soziale — womöglich auch seine ethnologische — Sonderstellung zu vernichten.

Durch Absetzung finnländischer Beamten und ihre Ersetzung durch Kreaturen der Verrussungspolitik wurden die höheren Behörden Finnlands zerstört, vor allem die einheimische Regierung, der Senat, der in ein gehorsames Werkzeug der Petersburger Kamarilla verwandelt wurde. Verfolgungen aller Art sollten den passiven legalen Widerstand der Finnländer brechen; die Polizei, durch geeignete Mittel aus einem Diener des Gesetzes in ein Organ der gesetzwidrigen fremden Bestrebungen verwandelt, diente neben der russischen Gendarmerie — eine den finnländischen Gesetzen vollkommen fremde Institution — hierbei als gehorsames Werkzeug. Der Generalgouverneur Bobrikoff erhielt außerordentliche Machtbefugnisse, die er u. a. dazu benutzte, eine Menge der hervorragendsten Männer Finnlands aus dem Lande zu vertreiben.

Jetzt erst begann die finnländische Loyalität zu wanken. Im Juni 1904 fiel Bobrikoff über seine eigenen Taten. Er und die Politik, die er vertrat, haben dem russischen Reiche in Finnland einen Herd der Unruhe geschaffen. Und Gott sei Dank dafür, denn sonst hätten auch die Finnländer in dem jetzigen Kriege verbluten müssen, und das Schicksal ihres Landes, allmählich mit dem östlichen Riesenreiche zu verschmelzen, und seine westeuropäische Kultur und gesellschaftliche Organisation zu verlieren, wäre besiegelt gewesen. Eben durch die russische Bedrückung ist sich Finnland wieder seiner alten Vorpostenstellung gegen den Osten bewußt geworden.

Bewaffnete Aufstände gegen die russische Gewaltherrschaft sind jedoch nicht vorgekommen. Als im Jahre 1905 die sich auf alle Gebiete erstreckende riesige Ausstandsbewegung eine — freilich nur scheinbare — politische Umwälzung in Rußland erzwang, benutzte zwar Finnland die Gelegenheit, seine ihm gewaltsam geraubten Gerechtsame wiederzugewinnen, allein die Bewegung war eine waffenlose und unblutige. Das Ergebnis war übrigens nur eine Frist von wenigen Jahren.

Während des Weltkrieges ist der russische Druck in Finnland immer stärker geworden. Jedoch ist keine Aushebung finnländischer Rekruten vorgekommen. Um diese Tatsache zu verstehen, muß man die Entwicklung der finnländischen Militärfrage seit 1809 in ihren Hauptzügen kennen.

Kurz nach dem Kriege, der Finnland von dem alten Mutterlande trennte, wurden die finnländischen Truppen auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Monarchen und dem Landtag vorläufig aufgelöst. Die seit alten Zeiten dem Bauern obliegende Pflicht, Soldaten zu stellen, wurde durch eine Steuer ersetzt. Im Jahre 1812 wurden durch Anwerbung einige Schützenbataillone formiert; sie rückten aber nie ins Feld und haben keinen Schuß gegen die Truppen Napoleons getan. Einem dieser Bataillone entstammte die finnländische Garde, die lange Zeit die einzige bewaffnete Truppe Finnlands darstellte. Sie bestand aus einem einzigen Schützenbataillon, das während des polnischen Feldzuges im Jahre 1831 an einigen kleineren Gefechten teil nahm und auch zur Zeit des ungarischen wie des Krimkrieges ausrückte, ohne jedoch ins Feuer zu kommen. Im Jahre 1854 wurden auf Grund der oben erwähnten militärischen Obliegenheiten der Bauern acht Schützenbataillone zur Verteidigung des Landes formiert. Sie nahmen an ein paar Scharmützeln mit den an den Küsten plündernden Engländern teil; 1868

wurden sie wieder aufgelöst. Die finnländische Garde — offiziell das 3. finnländische Schützenbataillon der Leibgarde genannt — zog im Jahre 1877 nach der Türkei, als das ganze Gardekorps des Reiches nach den Niederlagen vor Plewna hinausbeordert wurde, und verlor in der Schlacht von Gornij Dubniak etwa 120 Mann. Dieser Verlust einer geworbenen Truppe stellt den weitaus größten Teil aller Opfer dar, die Finnland dem Kaiserreiche auf dem Schlachtfelde dargebracht hat.*)

Denn zwar kam es zwischen Landtag und Monarch im Jahre 1878 zu einer Vereinbarung über ein Wehrpflichtgesetz für Finnland, allein schon in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts wurden die finnländischen Truppen auf Verfügung des Kaisers sämtlich aufgelöst, zuletzt die Garde, und kein in Finnland rekrutierter Verband hat weder im japanischen noch im jetzigen Kriege für Rußland gekämpft.

Die in dieser Hinsicht irreführenden Benennungen „finnländisches Korps“, „finnländische Schützen“ usw. beziehen sich lediglich auf Verbände russischer Truppen, die in Finnland garnisoniert, keinesfalls aber rekrutiert waren.

Die Tatsache, daß sogar der Weltkrieg keine Aushebungen in Finnland hervorgerufen hat, verdient besonders hervorgehoben zu werden. Sie beruht auf der Auffassung der maßgebenden russischen Kreise, die Finnländer seien unzuverlässig — eine Auffassung, die sich während des Krieges durch verschiedene Ereignisse bestätigt hat.

Das finnländische Volk ist noch nie gezwungen gewesen, einer Aufforderung gegenüber, für Rußland sein Blut zu vergießen, Stellung zu nehmen.

Finnland sieht in Rußland einen Feind. Diese Tatsache ist aber nicht das Ergebnis einer „traurigen Knechtschaftsgeschichte“, denn die uralte, nur von den Gesetzen begrenzte persönliche Freiheit, die in Schweden einheimisch war, war es auch in Finnland bis vor noch nicht zwanzig Jahren. Eine Institution wie die Leibeigenschaft, die den Bauernstand in beinah ganz Europa gedrückt hat, ist in Finnland wie in Schweden vollständig unbekannt. Erst in der allerletzten Zeit haben die Finnländer mit einer besonderen Form persönlicher Unfreiheit — oder richtiger rechtlicher Unsicherheit — Bekanntschaft gemacht: mit der ungeregelten russischen Beamtenwillkür.

Finnland ist ein autonomes Staatengebilde, das gewaltsam entrechtet wird; ein dem westeuropäischen Kulturkreise angehörendes Land, das gewaltsam in den Bereich einer fremden und niedrigen Kultur gezogen wird; ein Vorposten des Abendlandes, der sich seiner geschichtlichen Aufgabe beraubt sieht. Nicht Unterdrückung durch Rußland, sondern uralter Kampf gegen Rußland ist der tiefste Grund der Feindschaft.

Wenn gefragt wird: Warum erheben sich die Finnländer nicht? so lautet die Antwort sehr einfach: Eine Erhebung wäre eine selbstmörderische Torheit. Ohne Waffen, ohne Ausbildung, ohne Möglichkeit, sich zu organisieren, das Land dabei übervoll von russischen Truppen — was könnten die Finnländer tun?

Denn die russischen Garnisonen in Finnland sind nichts weniger als schwach; sie sind tatsächlich vielfach stärker als je zuvor. Die Irländer konnten sich in aller Ruhe bewaffnen und organisieren; die englischen Truppen in Irland waren viel schwächer als die russischen in Finnland, und die Bevölkerungszahl der Insel belief sich auf etwa 10 v. H. der gesamten Bevölkerung des vereinigten Königreichs, während diejenige Finnlands nicht ganz 2 v. H. der Volkszahl des russischen Reiches ausmacht — und doch mißlang die irische Erhebung, und mußte trotz aller Kühnheit und Hingebung mißlingen.

Nichtsdestoweniger erwartet Finnland, daß der Weltkrieg seinem Schicksal eine günstigere Wendung geben werde. Und diese Hoffnung beruht auf den realen Interessen Deutschlands an Finnland.

Um zuerst von den geringeren zu sprechen, wollen wir auf die Bedeutung Finnlands als Absatzgebiet für deutsche Waren hindeuten. Der erbitterte wirtschaftliche Wettstreit, der nach dem Frieden zu erwarten ist, wird jeden Markt für deutsche Industrieerzeugnisse wertvoll machen. Als Gegenleistung kann Finnland die Erzeugnisse seiner Wälder und seiner Viehzucht darbieten.

Eine noch größere Bedeutung könnte aber Finnland als ein Feld deutschen Unternehmungsgeistes gewinnen. Der Reichtum an Wasserkraft verspricht dem Lande eine großartige industrielle Zukunft, allein der Mangel an Menschen und Kapital hemmt die Entwicklung. Der deutsche Einfluß könnte hier im höchsten Grade belebend einwirken und Finnland in einen wirtschaftlich sehr wichtigen Teil des zwischeneuropäischen Blocks umgestalten, der über eine von Deutschlands Kriegsflagge beherrschte Ostsee mit Mitteleuropa in bequemster Verbindung stände.

Ein mit dem Deutschen Reich militärisch und politisch verbündetes Finnland würde für Schwedens geopolitische Lage ausschlaggebend sein, indem ein Bündnis mit Deutschland und dem alten Tochterlande für die skandinavische Hauptmacht die einzige Möglichkeit darstellen würde, in Zukunft zu leben. Auch der Einfluß der angedeuteten Umgestaltung auf Norwegens politische Orientierung müßte selbstverständlich sehr bedeutend werden.

Denn — und hier sind wir bei dem Hauptpunkt angelangt — ein von Rußland befreites Finnland, seiner geschichtlichen Aufgabe gemäß gegen Rußland orientiert und über das ganze nationalfinnische Gebiet — also bis zum Weißen Meer und dem Onegasee — erweitert, würde den nördlichen Verbindungsweg zwischen dem russischen Reich und den Westmächten abschneiden — sei es, daß dieser Weg über Schweden und Norwegen, über Norwegen allein oder über irgendeinen beliebigen nordrussischen Hafen gelegt wäre.

Dabei würde es aber auch die Verbindung zwischen Deutschland und dem Norden sicherstellen. Denn die Seemacht, die sich auf die finnländischen Küsten stützen kann, beherrscht nicht nur den Bottnischen und den Finnischen Meerbusen, sondern besitzt auch die allergrößten Voraussetzungen, die eigentliche Ostsee zu beherrschen: das südwestliche Schärengebiet Finnlands ist der Schlüssel der Ostseegewässer. Die Einwirkung auf Schweden wäre also sowohl positiver als negativer Natur.

Weitere Worte sind hier überflüssig. Ein jeder, der die unabsehbare Bedeutung jenes nördlichen Verbindungsweges, jenes Lebensnervs Rußlands, für die Kriegführung der Entente erkennt, sieht sofort ein, daß hier ein handgreifliches, ein unleugbares, großes deutsches Interesse vorhanden ist.

Ähnliche Betrachtungen finden sich in dem Buche von R. Norrlander und S. Sario unter dem Titel: „Die nordische Brücke“. (Stuttgart 1917, bei Engelhorn.) Nachdrücklich wird darin das Streben Rußlands hervorgehoben, die nördliche Ostsee in ein russisches

*) Hiernach ist die Angabe des Aufsatzes in Nr. 4 der „Osteuropäischen Zukunft“ über „Das künftige Schicksal des Landes der tausend Seen“, wonach die Finnländer in allen Kriegen Rußlands nach 1809 mitgekämpft hätten, zu berichtigen.

Meer zu verwandeln und womöglich eine feste Brücke zu England mit Hilfe der befestigten Alandsinseln herzustellen. Ein freies und selbständiges Finnland würde gegen diese Gefahr ein starker Schutzwall sein.

Nachschrift von Paul Dehn.

Nach dem Ausbruch der Revolution in Petersburg erließ die vorläufige Regierung am 20. März eine Kundgebung für Finnland und hob darin die Grundlagen des Zarenmanifestes vom 15. Febr. 1898 auf, wonach der Zar für sich allein das Recht der Gesetzgebung beanspruchte, ferner das Ministerratsprotokoll vom 8. Juni 1908, endlich alle Gesetze und Verordungen, die am 30. Juni 1910 ohne Zustimmung des finnischen Landtages ergingen und im Widerspruch mit finnischen Gesetzen stehen, verkündete politische und religiöse Amnestie und bestätigte die Religionsfreiheit, die Grundgesetze, Rechte und Privilegien, die nach der finnischen Verfassung die Bewohner des Großfürstentums Finnland genießen. Gleichzeitig verfügte die vorläufige Petersburger Regierung die tunlichste Einberufung des Landtages, dem der Entwurf einer neuen politischen Regierung für Finnland vorgelegt werden sollte. Zum vorläufigen Minister für Finnland wurde das Dumamitglied Roditschew ernannt, der aber kein geborener Finnländer ist, obwohl er es nach der finnischen Staatsverfassung sein muß. Diese allgemeinen Versprechungen der vorläufigen Regierung in Petersburg konnten in Finnland nicht befriedigen. Schon öfter haben russische Regierungen und Parlamente derartige feierliche Versprechungen gegeben, so unter andern Miljukow im Jahre 1905, aber schließlich nicht erfüllt, sondern widerrufen. Noch ist es nicht einmal klar, ob die Bestätigung der finnländischen Verfassung durch die vorläufige Regierung in Petersburg sich auf die Verfassung von 1772 oder von 1870 bezieht. Vorerst hat Roditschew es abgelehnt, die Frage zu bejahen, ob die neue Regierung den Vertrag von Borga, wo Alexander I. die Verfassung, Rechte und Freiheiten Finnlands zu halten gelobte, aufrecht erhalten will. Auch befürchtet man in Finnland Aushebungen für die Front.

So verhalten sich in Finnland alle Parteien vorläufig abwartend, bestehen auf Wiederherstellung ihrer vollen alten Selbstverwaltung und lassen die Auffassung erkennen, daß nur internationale Bürgschaften imstande sind, Finnlands geschichtliche Forderungen zu erfüllen und das künftige nationale und staatliche Bestehen des Landes sicherzustellen. (Z.)

Rußlands Polarbahn.

Zur Eröffnung der Murmanbahn.

Von Hanns Dohrmann, Berlin-Schöneberg.

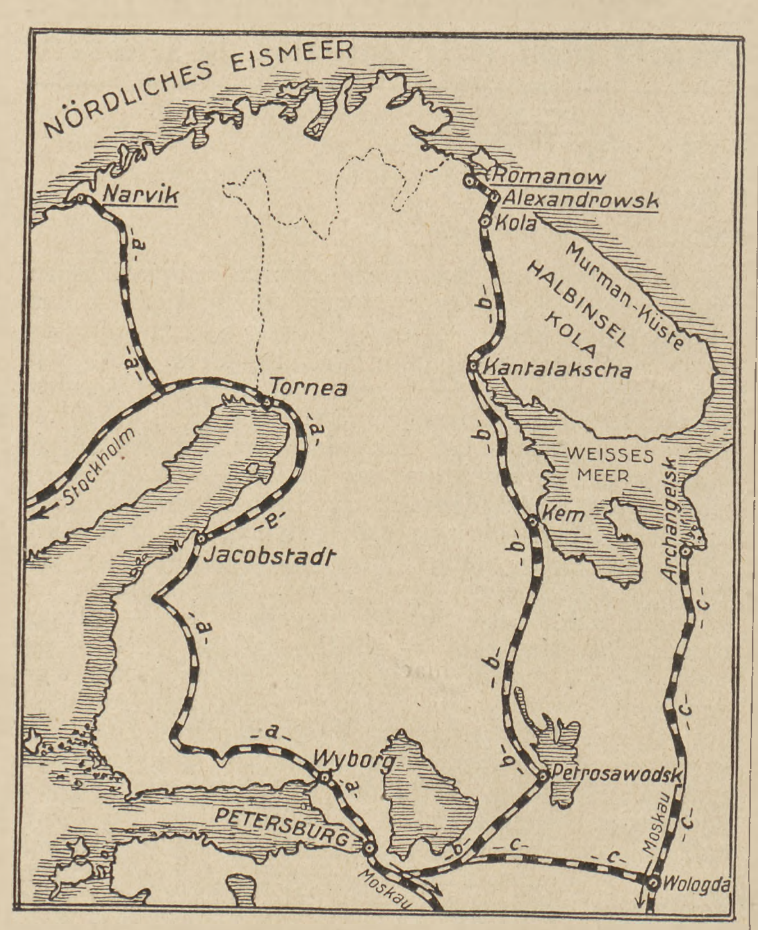
Auf dem Gebiete des Eisenbahnbauwesens hat Rußland einen eigenartigen Rekord aufgestellt: in seiner Murmanbahn, die Petersburg und das weite Reich des Moskauer Zaren mit dem eisfreien Hafen Romanow an der Murmanküste des Nördlichen Eismeers verbinden soll, wird es demnächst die nördlichste Bahn und im Endpunkt dieses Schienenweges den nördlichsten Bahnhof der Welt besitzen. Die hoffnungslose Sperre, die der Weltkrieg und der unbeugsame Wille der mitteleuropäischen Mächte über Rußlands Seefahrtsstraßen im Süden und Westen des großen Festlandreiches verhängten, hat die Ausführung des großen Eisenbahnbauprojektes, das schon seit Jahren und Jahrzehnten besteht, aus mancherlei Gründen aber immer wieder hinausgeschoben worden ist, beschleunigt. Demnächst soll nun, wie russische Blätter berichten, die Murmanbahn wirklich dem Verkehr übergeben werden.

Ihrem ganzen Wesen nach, d. h. in geographischer, geschichtlicher, handelspolitischer und technischer Beziehung, ist diese Bahn ein Notbehelf und wird ein solcher wohl auch in Zukunft bleiben; selbst die nationalistischen russischen Blätter, die seit dem Ausbruch des Krieges stets sehr rosig malen, wenn es gilt, über national-russische Gründungen zu urteilen, verkennen es bezeichnenderweise nicht, daß diese Bahn letzten Endes doch nur ein Gebot der Kriegsnot ist und an Bedeutung verlieren muß, sobald der Friede die Hindernisse auf den geraderen, billigeren und bequemeren Verkehrsstraßen zwischen Rußland, Westeuropa und den Ländern jenseits des Ozeans wieder hinweggeräumt haben wird. In diesem Sinne sind alle im Laufe der letzten Jahrzehnte entstandenen, aber tatsächlich unausgeführt gebliebenen Pläne der verantwortlichen Politiker Rußlands, im hohen Norden Grundlagen für einen möglichst unabhängigen russischen Überseeverkehr zu schaffen, nur auf das Bestreben zurückzuführen, sich notdürftig gegen die Gefahren eines möglichen Krieges und einer Absperrung der Ostsee im Kriegsfalle zu versichern. Die hoffnungslos ungünstige geographische Lage des an Rohstoffen so reichen, ganz auf die Einfuhr von Industrieerzeugnissen angewiesenen, vom offenen Meere aber nahezu abgeschnittenen russischen Kontinentalkolosses läßt sich schwer oder am Ende wohl gar nicht günstiger gestalten. Auf dem Wege zum offenen Meer muß der russische Ausdehnungstrieb in Europa überall auf den heftigsten Widerstand stoßen. Die Ereignisse der jüngsten Gegenwart haben es eben erst wieder bewiesen, daß sich selbst dort diesem russischen Streben ganz unüberwindliche Hindernisse entgegenstellen, wo es durch Jahrzehnte einer zielbewußten Balkanpolitik am tatkräftigsten vorbereitet worden war. In resignierter Erkenntnis dieser Lage der Dinge und in der — mittlerweile auch zerstörten — Hoffnung, daß sich wenigstens die Dardanellen bestimmt gewinnen lassen würden, hatte man daher in Rußland bis zum Ausbruch des Krieges den drei gegenwärtig notgedrungen in den Vordergrund der bedrohten russischen Interessen gerückten nördlichen Verbindungsmöglichkeiten bewußt nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Das Versäumte soll nun im Augenblicke der höchsten Bedrängnis mit um so größerem Eifer nachgeholt werden; und in dem unzulänglichen Notbehelf der Murmanbahn hofft man in Rußland wenigstens einen ärmlichen Ersatz für die zerstörten Hoffnungen auf die türkischen Meerengen zu finden.

Schon Jahre vor dem Ausbruch des Krieges traten die damals freilich noch kaum zur Geltung gelangten angriffslustigen Kreise Rußlands offen und versteckt dafür ein, daß eine wesentliche Aufgabe der russischen Politik darin bestehen müsse, fortan neben der Öffnung der Dardanellen auch eine unmittelbare Verbindung zwischen Rußland und der nördlichen Küste Norwegens, die vom offenen Atlantischen Meer bespült wird, anzustreben. In der „Nowoje Wremja“, dem einflußreichsten Sprachorgan der Träger dieses russischen Ausdehnungstriebes auf Rechnung der skandinavischen Staaten, wurde ganz offen auf die Bedeutung Narwiks für Rußland hingewiesen und auf den in der Tat einleuchtenden Wert, den der Schienen-

weg Petersburg—Wiborg—Jakobstadt—Tornea—Narvik (vgl. Karte: a), in russische Verwaltung übergegangen, für Rußlands handels- und seepolitische Interessen bedeuten würde. Diese starke Offenheit der „Nowoje Wremja" erregte damals in Skandinavien nicht geringe Entrüstung und Beunruhigung, und man beeilte sich in Petersburg, jede Gemeinschaft mit dem taktlosen Organ abzuleugnen. Hat aber die amtliche russische Politik, von der Dardanellenfrage ganz in Anspruch genommen, in jenen Jahren vielleicht auch aufrichtig die Forderungen der „Nowoje Wremja" mißbilligt, so wird sie doch heute, nach dem Scheitern ihrer Mittelmeerpläne, gerne auf den Verbindungsweg Petersburg—Narwik zurückkommen. Und an Skandinavien wird es daher liegen, ihr hier denselben Widerstand entgegenzusetzen, den ihr die Türken im Süden bereitet haben.

Die in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erst nach langer Bauzeit dem Verkehr übergebene zweite nordeuropäische Verbindungsmöglichkeit Rußlands, die Strecke Petersburg—Wologda—



Archangelsk (vgl. Karte: c), liefert auf Grund der geringen Bedeutung, die sie vor Ausbruch des Krieges besaß, einen recht deutlichen Beweis dafür, daß auch gedacht war und daher neben der Verbindung Wologda—Moskau über Jaroslaw erst vor wenig Jahren auch die unmittelbare Verbindung Petersburg—Wologda über die Murmanbahn dereinst im Frieden als unnützer und unbequemer Weg sehr erheblich an Wert verlieren wird. Ganz abgesehen davon, daß diese nordische Bahn anfangs fast ausschließlich als innerrussisches Beförderungsmittel für den Holzreichtum des Dwinagebietes Tichwin erhielt, ist die schmalspurige Strecke Wologda—Archangelsk erst im zweiten Kriegsjahr in eine Vollbahn umgewandelt worden. In Friedenszeiten hätte man in Rußland nie ernstlich daran gedacht, die russische Ausfuhr oder die russische Einfuhr in größerem Umfange über Archangelsk zu leiten. Die drei, vier Züge der feldbahnartigen Anlage, die täglich auf der schmalen Spur zwischen Wologda und Archangelsk liefen, erwiesen sich daher im Laufe des ersten Kriegsjahres natürlich als vollkommen unzulänglich, den notgedrungenerweise seit der Absperrung der Ostsee und des Schwarzen Meeres gesteigerten Warenverkehr zu bewältigen. In Eile wurde damals, um wenigstens der bittersten Not abzuhelfen, bezeichnenderweise der Fahrpark der meisten schmalspurigen russischen Zufuhrbahnen in Polen, Kurland, Livland und Süd-Rußland für die Archangelsk-Strecke genommen und dort in Dienst gestellt, bis dann der Damm erweitert und die Spur dem allrussischen Eisenbahnnetz angepaßt war. Auch die ausgebaute Archangelskbahn ist somit in jeder Hinsicht nur ein kümmerlicher Notbehelf der Kriegszeit und wird wieder zur Bedeutungslosigkeit herabsinken, wenn die Verhältnisse sich geändert haben werden. Es kommt übrigens noch hinzu, daß der Hafen von Archangelsk für vier Monate des Jahres zufriert.

Da Narwik als ausländischer Hafen für die russischen Kriegszwecke natürlich trotz allen norwegischen Entgegenkommens doch nur bedingt in Betracht kommt, solange es eben norwegisch und noch nicht russisch ist, was manche in Rußland ernstlich bedauern mögen, und auch der eigene Hafen von Archangelsk den Erfordernissen der Zeit nur wenig entspricht, entschloß man sich in Rußland zu Beginn des zweiten Kriegsjahres, an die Verwirklichung des längst geplanten Murmanunternehmens zu gehen. Das erste Projekt der Gründung eines neuen russischen Hafens im hohen Norden und einer Eisenbahnverbindung dieses geplanten Handelsplatzes mit dem russischen Reich ist auf den Grafen Witte, den damaligen russischen Eisenbahnminister, zurückzuführen. Aber das Interesse der ausschlaggebenden politischen und wirtschaftspolitischen Kreise an diesem Projekt war damals letzten Endes sehr gering, und Witte erreichte daher nur die Gründung der Stadt Alexandrowsk an der Murmanküste des Nördlichen Eismeeres. Und da der Bahnbau damals nicht in Angriff genommen wurde, so beschränkte sich die ganze Bedeutung der neuen Hafenstadt darauf, daß sie an Stelle des jämmerlichen Dorfes Kola zur Kreisstadt der Kola-Halbinsel erhoben wurde. Ausdrücklich sei betont, daß der Bahnbau nicht wegen bautechnischer Bedenken unterblieb. Die Archangelsk-Strecke, die durch Gebiete von derselben Bodenbeschaffenheit — Granit und Tundra — führt, wie die neue Murmanbahn, hat den Beweis erbracht, daß die arktische Bahn vom technischen Standpunkt durchaus zu verwirklichen ist. Ausschließlich an der wirtschaftspolitischen Aussichtslosigkeit des großzügigen Projektes ist der Bau in einer Zeit gescheitert, da der gewaltige Umweg über Alexandrowsk noch kein zwingendes Gebot der durch den Krieg gewandelten Verhältnisse war. Erst diese veranlaßten das russische Verkehrsministerium, im Frühjahr 1915 auf den Witteschen Plan zurückzukommen; und als Verkehrsminister ordnete der spätere Ministerpräsident Trepow den Bau der Murmanbahn an, wobei sein neuer Plan von dem Wittes insofern abwich, als er den nicht ganz eisfreien Hafen Alexandrowsk beiseite zu lassen befahl und dem zu schaffenden Schienenweg (vgl. Karte: b) an einer anderen, völlig eisfreien Bucht der Murmanküste einen neuen Endpunkt gab, der zur Verherrlichung der regierenden Dynastie der Romanows Romanow getauft wurde.

Und während nun in dieser neuen Stadt die ersten Häuser entstehen und auf Befehl des fernen Weißen Zaren hier zwischen Sümpfen, Felsen und Abgründen schnurgerade Straßen angelegt werden, pulst in Alexandrowsk reges Leben. Aber Wittes Gründung ist neben dem werdenden Hafen Trepows doch schon zu unrühmlichem Tode verurteilt, und die $1^1/_2$ Millionen

Rubel, die Alexandrowsk dem Staate mittlerweile gekostet haben, sind in den Wind gesät, wie das in Rußland so oft mit schweren Summen geschieht. Das Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten wird eben tatsächlich seit Jahrhunderten vom Augenblick und von der Laune regiert . . .

Romanow aber entsteht unterdessen, wie der Sonderberichterstatter des „Russkoje Slowo“ von dort meldet, im schattenlosen, fahlen Zwielicht der langen Polarnacht. Während des ganzen Winters, seit Monaten, arbeiten Maurer, Schlosser, Zimmerleute und Ingenieure Tag und Nacht bei elektrischem Licht. Bemerkenswert ist dabei der Hinweis des russischen Kriegskorrespondenten auf deutsche Kriegsgefangene, die hier immer noch unter menschenunwürdigen Verhältnissen schwere Arbeit leisten, obgleich russischerseits seinerzeit halbamtlich berichtet worden ist, die feldgrauen Kriegsgefangenen seien auf Grund berechtigter deutscher Gegenmaßnahmen von den Arbeiten an der Murmanbahn zurückgezogen worden. Zwischen trostlos grauen Felsriffen brandet immer gleich die glasklare, tiefgrüne Flut des nordischen Meeres, und nur, wenn einmal leuchtendes Nordlicht seinen Strahlenbogen über den fernen Horizont spannt, gleitet blaßroter Schimmer über die traurige Einsamkeit der See und über die wenigen armen Siedelungen lappländischer Fischer am Rande der toten Küste . . .

Um die großen Reichtümer des Weißen Meeres auszubeuten, wird die neue Bahn eine lange Strecke ganz dicht an der See entlang geführt. Schon klagen die russischen Blätter darüber, daß diese Reichtümer für Rußland ewig ungehoben gelegen haben, und entrüsten sich in blindem Neid darüber, daß die großen norwegischen Fischerverbände hier bisher Alleinherrscher sein durften. Voller Bitterkeit weisen sie nach, daß von den Norwegern Weißmeerfische im Werte von vielen Millionen Rubeln jährlich nach Westeuropa ausgeführt worden sind, während der eingeborene Fischer nur sich selbst und die wenigen Bewohner des öden Hinterlandes mit Fischbeute versorgte. Und in tiefer Resignation bemerkt schließlich der Sonderberichterstatter des „Russkoje Slowo“, die Lappländer verfluchten in ihrer Einfalt wilder, hindämmernder Naturmenschen gar die neue Murmanbahn und sagten: „Die Eisenbahn wird uns sicherlich alle Fische verscheuchen!“ — „Von diesen Wilden konnte man natürlich keinen anderen Dank erwarten“, bemerkt der erwähnte Berichterstatter empfindlich, „den Segen des großen Kulturunternehmens verkennen sie vollkommen. Aber an ihre Stelle werden hoffentlich bald unsere Unternehmer treten, die nach dem Beispiel der rührigen Norweger die Fischerei in großem Stile betreiben sollen.“

In Petersburger Unternehmerkreisen grassierte damals ein wildes Fieber, und die Murmanküste mit Meer und Bahn waren seit etwa Jahresfrist Gegenstand uferloser russischer Spekulation. Es war ein Gründerfieber über die Leute gekommen, wie einst, als die sibirische Bahn dem Unternehmer ungeahnte Möglichkeiten eröffnete, und nahe dem Nordpol wird vielleicht im Laufe der nächsten Jahre ein kurzlebiges holzgebautes russisches New York dort emporwachsen, wo heute das neue Romanow rund um eine kleine hölzerne Kirche entsteht. Doch wird diese Herrlichkeit nicht lange währen und fortbestehen, wenn ein deutscher Friede dem gezähmten Rußland wieder die Dardanellen, den Wilhelms-Kanal und den Zugang zur Nordsee öffnet. Gleichwohl wurden ungezählte Murman-Aktiengesellschaften gegründet; englisches Kapital, froh, der deutschen Konkurrenz ledig zu sein, zog russische Rubel an, und Schwindelgeschäft um Schwindelgeschäft wurde auf dem sumpfigen Grunde der Murmanbahn ins Leben gerufen. Abgesehen davon, daß sich Munitionslieferanten, Fischer und Importeure viel von der Romanower Kriegsgründung versprachen, lockte der Waldreichtum der unendlichen Fernen, durch die der Murmansche Schienenweg läuft, die Unternehmer, und man verwies darauf, daß allein 33 Millionen Morgen Wald im Gouvernement Archangelsk Exportholz liefern können, das nunmehr der Bahn anvertraut werden soll. Während vor dem Kriege, so behaupten russische Quellen, die Archangelsk-Wälder nur 15 Prozent der gesamten russischen Holzausfuhr bestritten, soll in Zukunft aus dieser Gegend Holz für 1½ Milliarden Rubel jährlich ausgeführt werden. England und Frankreich sollen dabei als Abnehmer den Löwenanteil bestreiten.

Als Ausfuhrhafen für das Holz seines waldreichen Hinterlandes und für den Fischreichtum des Weißen Meeres wird sich Romanow wahrscheinlich auch nach dem Kriege eine gewisse örtliche Bedeutung erhalten. Die Phantasten in Rußland aber, die sich trotz der Warnungen selbst der optimistischsten russischen Blätter von dem nordischen Hafen ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten träumen, werden den nüchternen Blick für die graue Wirklichkeit wohl erst wiedergewinnen, wenn das heute besungene Romanow und die eben begeistert gefeierte Murmanbahn den veränderten Verhältnissen längst nur noch eine Erinnerung an den Krieg, an den unzulänglichen Notbehelf aus der Zeit völliger Absperrung durch den Feind bedeuten werden. Millionen werden mittlerweile in die Tundra-Sümpfe der Kola-Halbinsel gestampft, englische Unternehmer machen ein Bombengeschäft und die Lappländer verfluchen den fischverscheuchenden Lärm der Maschinen . . . Auch die Murmanbahn ist eine bizarre Tragikomödie russischen Lebens, und es ist eine bitterböse Ironie des Schicksals, daß die verspätete Eröffnung von Bahn und Hafen am Rande des Nordpols, die Rußland vor allem Munition und Kriegsmaterialien liefern sollen, just in die kritische Zeit fällt, da deutsche U-Boote die Lieferanten des Westens endgültig einkreisen und vom Meere fernhalten, da das weite Reich durch den Umsturz in Petersburg einer unsicheren Zukunft zugetrieben wird. (Z.)

Der Kaukasus.

Von Karl August Fischer.

Vorbemerkung. Der folgende Aufsatz wurde im Juli 1915 geschrieben; seine Veröffentlichung war lange Zeit aus äußeren Gründen nicht möglich. Er wird im folgenden unverändert gedruckt, obwohl sich die Verhältnisse im Kaukasus und in Armenien seit dem Sommer 1915 erheblich geändert haben; immerhin wird er zum mindesten noch historisch interessant sein. Die Betrachtung des heute veränderten Standes der Dinge lehrt wenigstens das eine: wie viel von der Ausnützung oder Nichtausnützung der Zeit abhängt. Im einzelnen ist die folgende Darstellung durch vier wichtige Punkte zu berichtigen oder zu beleuchten:

1. Die Russen sind im Frühjahr 1916 an die Eroberung des türkischen Armenien gegangen, sie halten

heute (d. i. Mitte März 1917) die Linie Trapezunt—Ersingjan—Wan—Hamadan und stehen vor Bitlis; diese Stellung würde für die Zukunft eine unerträgliche Bedrohung der Bagdadbahn bedeuten.

2. Durch die Kämpfe des Jahres 1916 ist das türkische Armenien sehr verwüstet worden, die Bewohner sind zum größten Teil geflüchtet oder von den Russen zwangsweise ins kaukasische Gebiet abgeschoben worden; diese Armenier dürfen nicht mehr in ihre Dörfer zurückkehren, Armenien soll vielmehr als eine Art Militärgrenze mit russischen Soldaten besiedelt werden. Und das, obwohl die türkischen Armenier den Einmarsch der russischen „Befreier“ auf alle Weise unterstützt und sich gegen die türkische „Knechtschaft“ erhoben haben; dieser „Befreiungskampf“ ist auch durch die freiwillige Mithilfe vieler kaukasischer Armenier unterstützt worden.

3. Die 13000 schwäbischen Bauern in Transkaukasien müssen oder mußten in diesen Wochen ihre Kolonien verlassen; diese gewaltsame Aussiedelung erfolgt nicht auf Grund gesetzlicher Vorschriften, sondern auf „administrativem Wege“. Wohin sie gebracht werden, ist mir noch nicht bekannt (Turkestan? Sibirien?). Über die deutschen Ansiedlungen im Nordkaukasus habe ich keine nähere Nachricht; es ist anzunehmen, daß diese schon früher vernichtet worden sind.

4. In den bisherigen Berichten über die Petersburger Revolution werden auch die Namen von drei transkaukasischen Dumaabgeordneten erwähnt: Tschcheidse, Tschenkeli und Skobelew; einige Angaben über sie dürften interessieren. Tschcheidse und Tschenkeli sind Grusiner, Skobelew ist Russe. Tschcheidse vertritt die eingeborne Bevölkerung des Gouvernements Tiflis, Tschenkeli die des Schwarzmeergouvernements und des Gebiets Batum; beide sind radikalste Sozialisten; Tschcheidse gehört zu den Hauptwortführern der sozialrevolutionären Partei — aber seine politischen Fähigkeiten dürften erheblich geringer sein als der Glanz seiner radikalen Beredsamkeit. Skobelew, ein reicher Mühlenbesitzer aus Baku und einer der jüngsten Dumaabgeordneten, ist ebenfalls Sozialdemokrat; er vertritt die gesamte russische Bevölkerung Transkaukasiens. Skobelews Wahlsieg über den bisherigen nationalistischen Abgeordneten Timoschkin im Herbst 1912 war eine große Überraschung; Skobelew ist ein vorzüglicher Redner und eine sehr einnehmende Persönlichkeit und hat als Wolokane die Stimmen wohl aller russischen Sektierer, die gerade im Kaukasus stark vertreten sind, für sich gewonnen. — In Petersburger Verlautbarungen, die wohl auf Tschcheidse zurückgehen, heißt es, daß die Bildung einer autonomen Republik Kaukasien aussichtsvoll sei; ich halte die Bildung eines solchen Staatswesens von innen heraus für ganz unwahrscheinlich, und zwar deswegen, weil die Interessen der kaukasischen Völkerschaften allzu verschiedenartig sind und weil ihre staatliche Begabung sehr gering ist.

Nicht nur Deutschland und Österreich-Ungarn müssen den russischen Druck auf ihre Ostgrenze beseitigen, der bisher schwer genug war und in einigen Jahrzehnten uns doch schließlich erdrücken würde, sondern auch für die mit uns auf Gedeih und Verderb verbündete Türkei liegt im Osten die russische Gefahr; auch sie hat allen Anlaß, auf eine günstigere Gestaltung ihrer Grenze gegen Rußland ernstlich bedacht zu sein. Bei der engen Verknüpfung unserer beiderseitigen Interessen, die schon mit Blut besiegelt ist, und in Zukunft in der gemeinsamen Arbeit unter der Losung „Berlin—Bagdad“ immer sichtbarer zum Ausdruck kommen muß, ist es nicht nur ein türkisches, sondern ebenso auch ein deutsches Interesse, das da an der russisch-türkischen Grenze, im Kaukasus, in Frage steht.

Die russische Statthalterschaft Kaukasien*), ein Mittelding zwischen Provinz und Kolonie, breitet sich zu beiden Seiten des Großen Kaukasus aus, im Norden bis zu der tiefliegenden Flußlinie Kuma—Manytsch—Jeja, im Süden bis zum Araxes, Ararat und weit ins armenische Hochland hinein. Die russische Herrschaft in diesen Gebieten ist (abgesehen von dem seit 350 Jahren nominell russischen Gouvernement Stawropol) noch nicht alt. Erst unter Katharina II. wurde der größere Teil des heutigen Kubangebietes (am Asowschen Meer) russisch. Erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts hat Rußland in Transkaukasien festen Fuß gefaßt, indem es sich die christlichen Königreiche Georgien und Imeretien (Gouv. Tiflis und Kutais) und das Khanat Karabagh, einen persischen Vasallenstaat (Gouv. Jelisawetpol und Baku), einverleibte. Gleichzeitig wurde mit der Besitzergreifung des Dagestan, des Terekgebietes und weiterer Teile des Kubangebietes begonnen. Erst 1828 verloren die Perser Eriwan, die Türken Achalzich, Poti und den Schwarzmeerrand. Im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts bedurfte es jahrzehntelanger erbitterter Kämpfe, bis die Bergvölker des Großen Kaukasus notdürftig unterworfen waren. Schließlich mußte im Jahre 1878 die Türkei noch Kars und Batum abtreten.

Rußland gedachte aber niemals, bei diesen Grenzen stehen zu bleiben. Anstatt die herrlichen kaukasischen Gebiete wirtschaftlich zu entwickeln, hat es in seiner wahrhaft unersättlichen Ländergier sie nur als ein Mittel betrachtet, um noch mehr und noch größeres Land zu gewinnen und zu erraffen. Rußland hat von Transkaukasien aus, ohne bisher nennenswerten Widerstand zu finden, seinen Einfluß weit nach Süden ausgedehnt. Von Transkaukasien aus ist der russische Händler und der Kosak nach Persien vorgedrungen, von Eriwan und Dschulfa sollte demnächst der Schienenweg nach Täbris und Teheran erstreckt werden. Und von Transkaukasien, von Kars und Sarikamisch aus sollte auch das Brecheisen an die benachbarte Türkei gesetzt werden. Auf das türkische Armenien hatte Rußland seit langem seine Augen geworfen, es betrachtete dieses Gebiet als seine unbestrittene Einflußsphäre. Die „Befreiung“ Armeniens war militärisch und politisch schon bis ins kleinste vorbereitet. Die letzten Einzelheiten der militärischen Vorbereitung wurden im Sommer 1912 getroffen, vor dem Balkankriege; wäre die Türkei damals unter den Schlägen Serbiens und Bulgariens nicht so bald zusammengebrochen, so hätte Rußland von Osten her nachgeholfen. Der vorgeschobenste Waffenplatz, Kars, wurde immer stärker ausgebaut, große Truppenbestände in Kars und dem Übungslager Sarikamisch, dicht an der türkischen Grenze, angesammelt. Die in den letzten Jahren mit großer Schnelligkeit gebaute Bahn Kars—Sarikamisch sollte ausschließlich militärischen Zwecken, d. h. der Bedrohung der Türkei dienen. Hand in Hand mit dieser militärischen ging die politische Vorbereitung. Die russische Armenier-

*) Kaukasien zerfällt in zwölf Gouvernements und Gebiete: Gouvernement Stawropol, Kuban-, Terek- und Dagestan-Gebiet, Gouvernement Baku, Jelisawetpol, Tiflis, Eriwan, Kutais, Schwarzmeer, Gebiete Kars und Batum; die „Gebiete“ sind militärisch verwaltet. Kaukasien hat etwa den Flächeninhalt von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden; auf den Nordkaukasus entfallen etwa drei Fünftel, auf Transkaukasien zwei Fünftel dieser Fläche, letzteres entspricht also etwa der Ausdehnung des Deutschen Reiches ohne Preußen. Nord- und Transkaukasien haben je annähernd 6 Millionen Einwohner.

politik im Kaukasus hatte nach der Revolution eine neue Wendung genommen, wovon unten noch zu reden sein wird. Es war Rußland gelungen, die früher so gereizte Stimmung der kaukasischen Armenier allgemach zu sänftigen. Das wirkte naturgemäß auch auf die persischen und türkischen Armenier zurück, welch letzteren es ja, im Vergleich zu ihren kaukasischen Brüdern, immer noch nicht nach Wunsch ging. Die Propaganda unter den Armeniern der Türkei wurde in den letzten Jahren überaus eifrig und zielbewußt betrieben. Die russischen Konsuln im östlichen Kleinasien hatten ihre Hauptaufgabe darin, unter den Armeniern für Rußland Stimmung zu machen und den Boden für die russische Besetzung zu bereiten. Sie erfüllten diese Aufgabe auch mit vielem Erfolg, natürlich unter Anwendung aller, auch der zweifelhaftesten Mittel. Denn z. B. die Kurden, die steten Bedränger der armenischen Bauern, wurden von niemand anders als von Rußland mit Geld und Waffen unterstützt — nachher hätte es dann um so schöner als Ruhestifter und Friedebringer dastehen können. Russische „Touristen", „Zeitungskorrespondenten" und dergleichen trieben sich ständig im Lande herum, lauter Spione und Sendlinge, die gegen die Türken wühlten und agitierten. Da wurden dann die in den letzten Jahren immer häufiger ertönenden „Notschreie" aus Armenien fabriziert, durch die Rußland als Erlöser und Befreier herbeigerufen wurde, und die russische Presse hatte alsbald ihr gutes Herz für die Armenier entdeckt, fing diese Notschreie emsig auf und konstruierte daraus geschickt eine neue „historische Aufgabe" Rußlands. Nur Deutschland, so hieß es beständig in den Hetz- und Heuchelartikeln der „Nowoje Wremja", werde sich der Durchführung dieser hohen historischen Sendung feindlich entgegenstellen — —.

Und nicht nur Armenien, sondern die ganze Nordküste Kleinasiens sollte der russischen Raubgier anheimfallen; von Batum führte der Weg über Trapezunt sachte weiter nach dem Bosporus, denn: „das Schwarze Meer ein russisches Meer!" — Auch dieser Satz ist für den Russen göttlichen Rechts und begründet ohne weiteres eine „historische Aufgabe".

Selbstverständlich durfte kein neidischer Konkurrent diesen kraft göttlichen Rechtes beanspruchten Gebieten zu nahe kommen, und darum hat Rußland den deutschen Bahnbauplänen in der Türkei stets Widerstand entgegengesetzt. Bekanntlich mußte die Bagdadbahn infolge russischen Einspruchs viel weiter südlich geführt werden, als ursprünglich geplant war. Aber auch nachher hörten die Widerstände und Verdächtigungen niemals auf, auch nicht, als 1910/11 über den Anschluß der Bagdadbahn an die russisch-persischen Bahnen formelle Vereinbarungen zwischen dem Deutschen Reich und Rußland getroffen waren. Rußland strebte eben mit aller Gewalt zum südlichen Meer, und sollte es den Persischen Golf nicht erreichen, so hätte es wenigstens das Mittelmeer im Golf von Alexandrette gern erreicht; die „Nowoje Wremja" sprach stets nur unter den fürchterlichsten Wutausbrüchen von den angeblichen deutschen Absichten auf diesen Meereswinkel.

So liegt zu sehr wichtigen weltpolitischen Fragen Schlüssel und Lösung in dem Gebiet zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer; wäre man sich dessen bei uns nur auch so gut bewußt wie in Rußland! Der Besitz des Kaukasus sichert dem russischen Reich den Übergang nach Persien und nach dem türkischen Kleinasien; Transkaukasien ist ihm der wichtigste Pfeiler der Brücke zu den südlichen Meeren. — Der Türkei anderseits gibt nur der Besitz des Kaukasusgebirges (zum wenigsten Transkaukasiens, besser des ganzen Gebirges mit seinem Vorgelände bis zur Manytsch-Linie) die sichere, feste, leicht zu verteidigende Grenze, deren sie bedarf, um ihr asiatisches Reich nun endlich straff einzurichten und zu einem blühenden, mächtigen Staate zu machen. Kann sich diese Entwicklung ungestört von russischer Nachbarschaft vollziehen, dann wird es auch gelingen, die Armenier dem osmanischen Staatswesen besser als bisher einzugliedern. Geht aber die russisch-türkische Grenze in Zukunft wieder durch Armenien, dann ist es sicher, daß Rußland noch viel mehr als bisher sich bemühen wird, von dieser Ecke her das Haus des Nachbarn in Brand zu stecken; Armenien würde ein neues Mazedonien werden. Die Türkei würde unverhältnismäßig viele wertvolle Kräfte binden und festlegen müssen, um dem russischen Druck nur einigermaßen standzuhalten. Das Wegfallen des bösen Nachbarn an gefährlicher Stelle würde der Türkei dagegen ganz von selbst einen guten Nachbarn zuführen und so ihre Sicherheit auch von der anderen Seite gewährleisten: es wäre für die Türkei von unendlichem Wert, den Herd ewiger Unruhen und Schikanen beseitigt zu wissen, den bisher die nominell persische, in Wirklichkeit schon russische Provinz Aserbeidschan bildete (Urmiafrage). Das Bündnis der beiden islamitischen Staaten, die bisher sich ihrer gemeinsamen Peiniger kaum zu erwehren wußten, könnte für beide unabschätzbar günstige Folgen haben.

Das Deutsche Reich selbst hat, wie aus dem bisher Erörterten zur Genüge hervorgeht, ein überaus großes Interesse daran, die verbündete Türkei im Besitz einer sicheren Nordgrenze zu wissen. Nur diese Grenze kann einem russischen Einmarsch unter allen Umständen einen unübersteiglichen Wall entgegensetzen, kann russischen Drohungen ein für allemal einen Riegel vorschieben und so der Türkei die volle militärische und diplomatische Unabhängigkeit geben. Damit wäre eine große Gefahrenquelle auch für die künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland ausgeschaltet, wäre die künftige deutsche Politik gegenüber Rußland sehr erleichtert; denn fürderhin würden wir einem russischen Druck auf die, aller menschlichen Voraussicht und Berechnung nach, auch in Zukunft mit uns eng verbündete und befreundete Türkei unsern Gegendruck entgegenstellen müssen, wir würden den Bestand der Türkei von keinem Gegner antasten lassen dürfen! Und davon, ob die Türkei sichere Grenzen hat und sich sicher und friedlich im Innern entwickeln kann, hängt es auch wesentlich ab, ob wir künftig unsere friedliche, wirtschaftliche, geistige Kulturarbeit in der Türkei gedeihlich fördern können. Der deutsche Unternehmungsgeist hat sich bisher in aller Welt betätigt — wie sehr diese Betätigung aber, wo sie sich nicht in sicherem Freundesland vollziehen kann, in der Luft schwebt und von der Gnade und Ungnade unserer Feinde abhängt, das hat der gegenwärtige Krieg in erschreckender Weise gezeigt. Auf solche Schädigungen, wie sie uns unsere Feinde durch die Zerstörung und Wegnahme von Milliardenwerten deutschen Privateigentums, durch die Gefangensetzung und Verschickung friedlicher deutscher Untertanen zugefügt haben, dürfen wir es in Zukunft nicht mehr ankommen lassen, wir werden uns ganz anders als bisher auf solche Länder beschränken müssen, die uns sichere Freunde und Verbündete sind. Eine von Rücksichten auf den russischen Grenznachbarn nicht ganz unabhängige Türkei aber wäre schon nicht mehr der unter allen Umständen sichere Bundesgenosse, den wir brauchen. — Der Bagdadbahn, an die sich so große deutsche Interessen schon bisher knüpften, habe ich oben bereits Erwähnung getan. — — Zu den befreundeten Ländern, die unserer Tätigkeit künftig mehr offen stehen werden als bisher, wird nun hoffentlich auch Persien gehören; wenigstens dann, wenn es in den Besitz einer

sicheren Grenze gegen Rußland kommt. Auch hier haben wir ein lebhaftes Interesse an der Wiederherstellung eines von allen Seiten unabhängigen Staates; ist es uns doch immer schwerer geworden, unsere Handelsinteressen in dem russischen Nordpersien einigermaßen zur Geltung zu bringen. Würde Rußland über den Kaukasus zurückgedrängt, so könnte für Persien ein neues Zeitalter anbrechen. Ich bin der festen Überzeugung, daß Persien aus seiner jetzigen Verlotterung und Ohnmacht durch deutsche Zucht, durch deutsche Offiziere, Beamte, Lehrer, Kaufleute, Techniker, Ärzte in kurzer Zeit zu einem geordneten Staate umgewandelt werden könnte, daß aus dem unglücklichen, zertretenen und zerwühlten Lande, das jetzt eine billige Beute der Engländer und Russen geworden wäre, bald ein unabhängiges, selbständiges, durchaus bündnisfähiges Reich erstehen könnte. Über die politische Bedeutung eines mit Hilfe deutscher Tatkraft neu erstarkten, mit der Türkei eng verbündeten Persien brauche ich wohl kein Wort verlieren; diese beiden mohammedanischen Staaten würden einen Block bilden, an dem, wie an dem Block der mitteleuropäischen Kaiserreiche, mancher politische Wahn zerschellen würde. Die Erweiterung der politischen Linie Berlin—Bagdad zur Linie Berlin—Teheran—Ispahan ist durchaus möglich; der Schlüssel zu dieser Möglichkeit liegt im Kaukasus.

Zu der politischen Bedeutung Kaukasiens kommt nun sein ungeheurer wirtschaftlicher Wert. Die Naphthafelder von Baku können ganz Europa mit Leuchtöl versorgen; Grosny (im Terekgebiet) entwickelt sich mehr und mehr zu einem zweiten Baku. Kupfer ist noch in großen Mengen vorhanden. Aus dem Kaukasus (Tschiaturi) kommt der weitaus größte Teil unserer Manganeinfuhr. Steinkohlen sind bei Tkwibuli und im Gebiet von Olty gefunden worden. Salz und wertvolle Mineralwässer (Borschom, Narsan, Essentuki) gibt es in Hülle und Fülle. Gewaltige Wasserkräfte harren noch der Ausnutzung. — Auch die Fruchtbarkeit des Bodens liefert alles nur Denkbare. Innerhalb weniger Jahre hat sich der Baumwollbau, besonders im östlichen Transkaukasien, in der Mugan- und Schirwansteppe, am Araxes und an der Kura, zu ungeahnter Höhe entwickelt, und noch stehen unermeßliche, bisher wüste Flächen in Trans- und Nordkaukasien dieser lohnenden Kultur offen. In den feuchten Niederungen des Rion und des Terek gedeihen Mais und Reis; Weizen und Gerste wächst allenthalben herrlich, noch in Höhen von 1500 bis 2000 Meter. Die kaukasische Traube und den aus ihr gewonnenen Wein muß man selbst geschmeckt haben, um ihre ganze Köstlichkeit ermessen zu können. Mit dem großen Überfluß an Obst aller Arten weiß niemand was Rechtes anzufangen. Die Schwarzmeerküste hat ein subtropisches Klima, das alle Südfrüchte reifen läßt; die Erfolge der Teepflanzungen bei Tschakwa sind bekannt. Ich erwähne ferner den Anbau von Tabak, Melonen, Sonnenblumen und Lein (letztere zur Ölgewinnung; Deutschland bezog alljährlich für viele Millionen Lein- und Sonnenblumensamen sowie Ölkuchen aus Rußland). Der westliche Kaukasus ist überreich an guten Nutzhölzern. Viehzucht und Milchwirtschaft, Pferde- und Schafzucht werden mit Erfolg betrieben, ebenso Geflügel-, Bienen-, Seidenraupenzucht. Der Fischfang gibt reichen Ertrag; aus dem Kaspischen Meer kommt vorzüglicher Kaviar. Alle Gaben der Natur liefert das herrliche, auch in der Mannigfaltigkeit und großartigen Erhabenheit seiner Landschaft nirgends übertroffene Kaukasien, und dabei ist sein Reichtum noch längst nicht richtig benutzt; die Bodenerträge ließen sich durch Bewässerung, rationelle Bearbeitung des Bodens, Qualitätsbau usw. ins vielfache steigern.

Die russische Herrschaft im Kaukasus ist nun nicht unerschütterlich fest. Der Kaukasus gehört geographisch und ethnographisch zu Asien und hängt in beiden Hinsichten mit dem europäischen Rußland nur lose zusammen — eigentlich nur auf der 200 km langen Strecke Rostow—Welikoknjascheskaja (an der Bahn Jekaterinodar—Zarizyn). Östlich davon zieht sich die Manytsch-Kuma-Senke zum Kaspischen Meer, durch Steppen, Sand- und Salzwüsten, die sich nördlich bis zum Unterlauf der Wolga fortsetzen und von nomadisierenden Mongolenstämmen bewohnt sind. Nur im westlichen Teile des Nordkaukasus, im Kubangebiet und teilweise im Gouvernement Stawropol haben sich größere Massen russischer Einwanderer (die Kubankosaken u. a.) niedergelassen; im ganzen Kaukasus mögen knapp 4 Millionen Russen wohnen. Das von einem bunten Völkergemisch bewohnte, sehr dünn besiedelte Terekgebiet ist erst im Lauf der letzten Jahre zu einem Übersiedlungsland geworden, das besonders zahlreiche Deutsche aus den südrussischen und Wolga-Kolonien angezogen hat. Die im Nordkaukasus noch lebende, etwa 2 Millionen zählende Urbevölkerung ist fast ganz mohammedanisch. — Auch die dürftigen Verkehrsverbindungen des Nordkaukasus beschränken sich auf den westlichen, besiedelten Teil. Der Kaukasus ist mit Rußland eigentlich nur durch die Eisenbahn Rostow—Baku verbunden, die Linie Jekaterinodar—Zarizyn hat verkehrspolitisch nur untergeordnete Bedeutung; das riesige Gebiet zwischen Astrachan, Zarizyn, Stawropol und Petrowsk ist ohne Eisenbahn, nur die paar Hafenstädte am Kaspischen Meer sind durch Dampfer untereinander verbunden.

An noch dünneren Verkehrsfäden als der Nordkaukasus hängt für Rußland Transkaukasien, dem wir unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Das Hochgebirge ist ein unübersteiglicher Wall. Die einzige wirkliche Straße, die über das Gebirge führt, die Grusinische Heerstraße (Tiflis—Wladikawkas, etwa 200 km, in der guten Jahreszeit regelmäßige Autoverbindung), ist an verschiedenen Stellen leicht zu unterbrechen oder zu sperren. Die Ossetische Heerstraße (Kutais—Wladikawkas) ist nicht einmal im Sommer ununterbrochen fahrbar. Alle anderen „Straßen" sind Übergänge, die man zur Not auf dem gut kletternden kaukasischen Pferd passieren kann. Die Eisenbahn umgeht das Gebirge in riesigem Bogen, zieht von Rostow nach Petrowsk und dann hart am Meer nach Baku, und von Baku in ostwestlicher Richtung nach Batum. Die Kaukasusüberquerungsbahn (Tiflis—Wladikawkas) und die Schwarzmeerbahn (Batum—Noworossisk) sind noch Entwürfe. Die Hauptverkehrsader Transkaukasiens ist die anfangs der achtziger Jahre erbaute Eisenbahn, die in 900 km Länge von Baku das Kuratal aufwärts nach Tiflis führt, dann das Suramgebirge durchbricht, im Tal des Rion abwärts steigt und bei Batum und Poti das Schwarze Meer erreicht. Von ihr zweigen einige kurze Seitenbahnen ab, nach Borschom, Tschiaturi, Kutais—Tkwibuli. Die militärisch wichtigste Bahn ist die von Tiflis aus nach Süden an die türkische und persische Grenze führende Bahn, die sich in der Festung Alexandropol teilt, um rechts über Kars nach Sarikamisch (siehe oben), links an Eriwan vorbei nach Dschulfa zu führen.

Die Bevölkerung Transkaukasiens ist mannigfach zusammengesetzt. Die Hauptmassen bilden zu ungefähr gleichen Teilen (je etwa 1½ Millionen) die Grusiner (Georgier) mit den ihnen verwandten Stämmen (Mingrelier, Imeretier u. a.) in den Gouvernements und Gebieten Tiflis, Kutais, Batum, dann die Armenier in Eriwan, Kars und Teilen von Tiflis, endlich die Tataren in Jelisawetpol, Baku und Teilen von Tiflis. Etwa eine Million mögen dann die kau-

kasischen Bergvölker ausmachen, die Osseten in den mittleren Tälern des Großen Kaukasus, die Lesgier im Dagestan und viele andere. Eine gute halbe Million kommt auf Russen (meist Molokanen und Duchobozen, d. h. aus dem heiligen Rußland vertriebene Sektierer, ferner neuere Übersiedler, Militär, Beamte), Deutsche, Polen, Esten, Letten, auch Griechen, Türken, Perser (diese meist Aserbeidschan-Tataren), Juden. Die drei Hauptvölker, die dem Lande das Gesicht geben, sind nach Rasse, Sprache, Sitte, Fähigkeiten, Religion grundverschieden. Grusiner und Armenier haben je ihre eigene Schrift und Sprache; die Tataren sprechen einen türkischen Dialekt. Die Grusiner gehören der orthodoxen Kirche an, hatten aber früher eine selbständige Kirchenverfassung und einen eigenen Patriarchen, den ihnen die Russen genommen haben. Die Armenier haben seit 1500 Jahren ihre eigene, die gregorianische Kirche, deren Haupt, der Katholikos, in Etschmiadsin auf russischem Gebiete residiert. Die Tataren sind Moslim.

Auch die wirtschaftliche Lage der drei Völkerschaften ist ganz verschieden. Weitaus am besten stehen in dieser Hinsicht die Armenier, die ja in der ganzen Levante und darüber hinaus von Triest bis Bagdad und Bombay als gerissene Kaufleute bekannt sind. Im Kaukasus werden die Armenier immer mehr zu Beherrschern alles Handels und Wandels. Damit ist schon gesagt, daß die anderen Völker mehr und mehr zurückgedrängt werden. Das gilt besonders von den Tataren, die von Natur nicht sehr regsam sind. Aber auch die Grusiner und anderen kartwelischen Stämme sind — mit Ausnahme etwa der Imeretier — den Armeniern nicht gewachsen und vielfach verarmt und heruntergekommen.

Unter diesen Umständen sind natürlich auch die Gegensätze zwischen den einzelnen kaukasischen Völkern recht groß und haben schon zu blutigen Ausbrüchen geführt. Am heftigsten ist die Abneigung zwischen Tataren und Armeniern, aber auch Tataren und Grusiner, und Grusiner und Armenier lieben einander nicht. Allesamt aber lieben sie Rußland und die russische Regierung nicht, wenn auch letztere es bisher recht gut verstanden hat, ihre Stellung dadurch zu wahren, daß sie die einzelnen Gegensätze geschickt gegeneinander ausspielte. Verhältnismäßig am besten haben sich die Grusiner mit der russischen Herrschaft abgefunden; gleiche Religion, Ähnlichkeit in manchen Charakterzügen, früher Einfluß der russischen Bildung, eine mehr leichte als tiefe Natur erklären das. Erheblich mehr Selbständigkeitsgelüste hätten schon die Armenier; wenn bei vielen von ihnen der nationalarmenische Gedanke etwas in den Hintergrund gerückt ist, so hängt das hauptsächlich damit zusammen, daß den Armeniern der große wirtschaftliche Aufschwung, den ganz Rußland und auch der Kaukasus nach der Revolution genommen hat, ganz besonders zugute gekommen ist, daß sie unter der russischen Herrschaft wirtschaftlich sehr gut auf ihre Rechnung kommen. Sehr viel hat zu der versöhnlicheren Stimmung der Armenier der frühere langjährige Statthalter im Kaukasus, Graf Woronzow-Daschkow, beigetragen, der mit der rohen und rücksichtslosen Politik seines Vorgängers, des Fürsten Golizin, völlig gebrochen hat, ihnen insbesondere das von Golizin eingezogene Kirchenvermögen wieder zurückgegeben hat. Aber immer noch, trotz aller Versuche, Fäden zwischen Etschmiadsin und Petersburg zu spinnen, ist die armenische Geistlichkeit wenig russenfreundlich, vertritt sie den nationalarmenischen Gedanken in erster Linie. Tiefen Haß gegen alles Russische atmet nur der Tatar; er sieht im Russen nur den Bedränger und Unterdrücker. Die Tataren würden, wie alle Mohammedaner des Kaukasus, mit reiner Freude türkisch werden; gilt ihnen doch immer noch der Padischah als ihr rechtmäßiger Herrscher. Sie fühlen leidenschaftlich mit allem, was den Osmanen bewegt — das konnte man während des letzten Balkankrieges überraschend inne werden. Die Erregung unter den Muselmanen Rußlands hatte damals eine bedenkliche Höhe erreicht und die russische Regierung zu ernsten Vorsichtsmaßregeln veranlaßt. Der unsichtbare, doch kräftige Zusammenhalt aller Bekenner des Islam hat sich damals deutlich spüren lassen. So die Tataren; Armenier und Grusiner würden dagegen aus religiösen Gründen und aus historisch verständlichen Stimmungen und Gefühlen heraus in einer türkischen Eroberung des Kaukasus nicht so ohne weiteres einen Fortschritt gegenüber ihrer bisherigen Lage sehen.

Hier würde nun deutscher Arbeit eine große und dankbare Aufgabe harren. Es ist in Deutschland leider nur sehr wenig bekannt, daß die kaukasischen Armenier eifrige Anhänger und Verehrer der deutschen Kultur, der deutschen Sprache und Bildung sind (im Gegensatz zu den türkischen Armeniern, die mehr durch die französische Schule gegangen sind). Besonders bemerkenswert ist, daß deutsche Kultur hier Einfluß und Boden gewonnen, deutsches Wesen große Sympathien erworben hat, ohne jedes Zutun und ohne jede Förderung von deutscher Seite! Viele kaukasische Armenier haben in Deutschland studiert und beherrschen die deutsche Sprache vollkommen; viele armenische Familien lassen ihren Kindern durch deutsche Bonnen in früher Jugend Deutsch beibringen — leider finden sich unter diesen „deutschen“ Bonnen recht viele Lettinnen und Estinnen, deren Deutsch nichts weniger als mustergültig ist. Auch unter den Grusinern trifft man viele auf deutschen Schulen Gebildete. Darum wäre niemand so geeignet wie der Deutsche, zwischen den verschiedenen kaukasischen Völkern zu vermitteln, durch einheitliche erzieherische Einwirkung sie untereinander und mit der türkischen Herrschaft zu versöhnen, ihnen im Rahmen des osmanischen Staatswesens ihr kulturelles Eigenleben und ihre möglichst selbständige Betätigung zu gewährleisten und sie auf der anderen Seite mit kräftiger Staatsgesinnung, mit Treue und Dankbarkeit gegen den sie und ihre Sonderart schützenden Staat zu erfüllen. — Es würden sich für den Deutschen eine Fülle der schönsten Möglichkeiten nach allen Richtungen hin ergeben, und er könnte dabei, was besonders wertvoll wäre, Punkt für Punkt an Vorhandenes und Gegebenes anknüpfen; über die bisherige deutsche Betätigung im Kaukasus — die unter russischer Herrschaft wenig Aussichten auf Wiederaufnahme und Weitergedeihen hätte — mögen noch einige kurze Andeutungen folgen.

Deutsches (reichsdeutsches) Kapital ist im Kaukasus besonders an Naphtha interessiert, ferner an Kupfer; bekannt ist Werner v. Siemens' (der den indischen Telegraphen durch Transkaukasien gelegt hat) hübsche Schilderung des Siemensschen Bergwerkes Kedabeg. Reichsdeutsche Kaufleute spielten in Baku, Tiflis und Batum eine bedeutende Rolle als Vertreter großer reichsdeutscher und russisch-deutscher Firmen; groß war insbesondere die Einfuhr deutscher Maschinen. — Der starke deutsche Einschlag in der bunten Bevölkerung Kaukasiens beschränkte sich aber nicht nur auf die reichsdeutschen Kaufleute. In sehr großer Zahl leben im Kaukasus Deutsche russischer Staatsangehörigkeit, Balten u. a. als Gelehrte, Lehrer, Pastoren, Beamte, Offiziere, Kaufleute; dann Kolonisten und deren Nachkommen als Handwerker, Angestellte und Angehörige verschiedener Berufe. In Tiflis und Baku mögen je 3000 bis 4000 Deutsche wohnen; in Baku gibt es viele proletarisierte Wolgakolonisten als Tagelöhner und Handarbeiter. Die Hauptmasse der

kaukasischen Deutschen bilden die ländlichen Ansiedler*), etwa 50000 im Nordkaukasus, ohne rechten Zusammenhalt zerstreut über das ganze weite Gebiet wohnend, von den Pastoren in Stawropol, Jekaterinodar, Pjätigorsk und Wladikawkas nur mühsam versorgt; die meisten sind erst während der letzten Jahrzehnte ins Land gekommen, die dortigen Verhältnisse sind infolgedessen noch neu. In Transkaukasien sind es 13000 schwäbische Bauern, die den alten Ruf schwäbischer Tüchtigkeit zu hohen Ehren gebracht haben. Sie sind vor hundert Jahren aus Württemberg ausgewandert und haben sich im Kaukasus mit saurem Schweiß eine neue Heimat geschaffen. Sie wohnen hauptsächlich in den Gouvernements Tiflis und Jelisawetpol, die größten Ansiedlungen mit je etwa 2500 deutschen Einwohnern sind Katharinenfeld und Helenendorf. Ihre wirtschaftliche Lage ist nicht ganz gleichmäßig, überwiegend aber recht gut; sie bauen Wein, Weizen, Gerste, Kartoffeln, Mais und treiben Viehzucht und Milchwirtschaft. Sie sind in ihrer überwiegenden Mehrzahl ein ausgezeichnetes Siedlermaterial, körperlich, geistig und sittlich gesund. Sie sind vollständig an die asiatischen Verhältnisse gewöhnt, sprechen alle Landessprachen (tatarisch, grusinisch, viele auch armenisch) und wissen den Boden ebenso zu behandeln wie ihre asiatischen Knechte. Ihr Schulwesen ist gut, ihr Kirchenwesen könnte besser sein. Auch das Vereins- und Genossenschaftswesen hatte sich mehr und mehr entwickelt, eine deutsche Zeitung für Transkaukasien erschien bis Kriegsbeginn in Tiflis. — Als besonders hervorragende Blüten deutschen Unternehmungsgeistes seien beispielsweise die großen Weinhandelsgeschäfte in Helenendorf genannt, die herrlichen Mustergüter Karjer und Schamchor, dann Mamutli, der Besitz der Kutzschenbachs, die auf dem Gebiet der Viehzucht und Milchverwertung bahnbrechend vorangegangen sind, und nach deren Vorbild, wenn auch in kleinerem Maßstab, jetzt zahlreiche Schweizer auf einsamen Farmen bis zur türkischen Grenze hin die Käserei betreiben.

Weite Aussichten auf künftig vermehrte deutsche Tätigkeit, die auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet allenthalben Anknüpfungsmöglichkeiten fände und mehr wie bisher im Rahmen des deutschen Einfluß-, Macht- und Kulturbereiches läge, würden sich durch die Eingliederung Kaukasiens in den türkischen Herrschaftsbereich eröffnen. (Z.)

*) Das russische Liquidationsgesetz vom 2./15. Febr. 1915 trifft von den nordkaukasischen deutschen Kolonien verhältnismäßig wenige im Kubangebiet, von den transkaukasischen nur einige ganz kleine und unbedeutende.

Zur Sicherung des Sieges.

Zu dem Bilde auf Seite 99.

Kriege führen die Völker heutzutage nicht nur mit Menschen und Waffen, sondern auch mit einem dritten unentbehrlichen Mittel, mit Geld. Der Sieg, sagte Bismarck einmal, ist dem, der es am längsten aushält. In der Voraussetzung, mit seinem Reichtum am längsten aushalten zu können, trat England in den Krieg ein, und bald nach Kriegsbeginn äußerte Lloyd George als Finanzminister: „Es ist die letzte Milliarde, die den Krieg entscheiden wird. Die erste wird Deutschland ebensogut aufbringen wie England, nicht aber die letzte.“

An dieses Wort des englischen Diktators von heute mag sich erinnern, wer in der Lage ist, auf die 6. deutsche Kriegsanleihe zu zeichnen. Das Geld entscheidet nicht den Krieg, trägt aber wirksamer als ehedem zur Entscheidung bei, da die heutige Kriegsführung, die beispiellose Massen aufbietet und mit allen Mitteln der Technik arbeitet, außerordentlich kostspielig ist. Deshalb liegt in dem Wort von Lloyd George ein richtiger Kern, und deshalb muß jeder Deutsche mitwirken, um die Behauptung des englischen Diktators zu entkräften und die letzte Milliarde aufzubringen, denn sie sichert den Sieg.

Anschaulicher als durch Worte ruft der Münchener Meister, Professor Erler, durch seinen wohlausgerüsteten, kraftvollen Feldgrauen mit dem entschlossenen Willen zum Siege den Deutschen daheim die Mahnung zu: „Helft uns siegen! Zeichnet die deutsche Kriegsanleihe!“

Paul Dehn.

Mitteilungen.

Die russischen Ostseeprovinzen als deutscher Besitz. Auf Einladung osteuropäischer Gesellschaften hielt am 24. März Geh. Hofrat Dr. Stieda, Professor der Staatswissenschaften und derzeit Rektor der Universität Leipzig, in Riga 1852 geboren, einen Vortrag über die russischen Ostseeprovinzen und hob drei Gesichtspunkte hervor, die für die deutsche Politik bei den Friedensverhandlungen in Betracht zu ziehen sind. In den russischen Ostseeprovinzen findet Deutschland Raum für innere Kolonisation, erlangt die Vorherrschaft auf der Ostsee und erhält die deutsche Bevölkerung daselbst dem deutschen Volk und Reich.

Bedeutsam war, was Prof. Stieda über die Absichten der Engländer auf die russischen Ostseeprovinzen äußerte. Sollten Livland und Estland russisch bleiben, so würden nach Stiedas wohlbegründeter Ansicht die Engländer sich an der Küste, besonders in Riga und Reval, festsetzen. Bereits hätten die Engländer an der Eisenbahn Reval—Petersburg größere Güter gekauft und kurz vor Kriegsausbruch der Stadt Riga eine Anleihe von über 30 Millionen Mark bewilligt. Schon bisher stand der englische Handel in den russischen Ostseehäfen an erster Stelle. Sollten die Engländer dort festen Fuß fassen, so würden sie ihre Machtstellung dazu benutzen, dem deutschen Handel das Zugangstor zum russischen Reich zu sperren. (Z.)

Die Ukrainer und die russische Umwälzung. In einer Kundgebung vom 16. März verhieß die vorläufige Regierung in Petersburg grundsätzlich die Einführung von Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit und die Abschaffung aller aus sozialen, religiösen und nationalen Gründen bedingten Einschränkungen. Ein Aufruf der Arbeiterpartei, offenbar nicht im Einvernehmen mit dem Regierungserlaß, versicherte ferner, „daß alle Völkerschaften Rußlands ihre Nationalität selbst festlegen und in ihrer kulturellen Entwicklung unbehindert bleiben können“. Diese Äußerungen sind so schwankend, wie die vorläufige Regierung von Petersburg selbst. Ähnliche Verheißungen sind schon wiederholt gegeben, aber niemals erfüllt worden, mindestens nicht annähernd im vollen Umfange. Eine Gewähr für ihre nationale und kulturelle Entwicklung können die Ukrainer nur in einer Stellung erblicken, die den Mittelmächten gestattet, darüber zu wachen, daß die Rechte der Ukrainer nach allen Richtungen durchgeführt werden. (Z.)

Die Ukrainer und der russische Umsturz. Noch läßt sich für die ukrainischen Kreise die Tragweite der Ereignisse in Rußland nicht übersehen. Nach der Auffassung der „Ukrainischen Korrespondenz“ vom 22. März ist eine gedeihliche innere Entwicklung und verfassungsmäßige Ausgestaltung Rußlands erst nach dem Abschluß des Krieges möglich, wird aber in Frage gestellt, wenn die Petersburger Regierung daran festhält, den Krieg bis zu einem siegreichen Ende fortzusetzen. Wie erinnerlich, unterdrückte die russische Regierung bei Kriegsausbruch die ukrainischen Zeitungen und Vereine und ließ die politischen Führer verhaften oder nach Sibirien verschicken, um die ukrainische Bewegung zu lähmen. In der Ukraine selbst entstand dadurch große Unzufriedenheit. Die „Ukrainische Korrespondenz“ erinnert an die Berichte neutraler Blätter vom Juli 1916, wonach die russische Polizei einer weitverzweigten revolutionären Verschwörung in der Ukraine auf die Spur gekommen sei. Wie in den Jahren 1902 bis 1906 die aus Charkiw, Kyjiw, Poltawa, Odessa u. a. ukrainischen Gouvernemensts ausgehende revolutionäre Bewegung, die neben sozialen auch nationalen Grün-

den entsprang, auf die großrussischen Gouvernements übergriff, so trug jetzt die Ukraine kein Bedenken, an dem Aufstand des russischen Volkes teilzunehmen, um in dem konstitutionellen Rußland, dessen Verjüngung und politische Umgestaltung die neuen Machthaber durchzuführen erhoffen, sich die im Pereslawer Vertrag (1654) verbürgten Autonomierechte wieder zu erringen. Ob unter den veränderten Verhältnissen den Ukrainern eine ähnliche nationale und kulturelle Entwicklung möglich ist wie in der habsburgischen Monarchie, ist abzuwarten.

Nach Berichten über Schweden wurden am 19. März in Kiew und Poltawa ukrainische Sonderkundgebungen veranstaltet. Große Massen durchzogen die Hauptstraßen von Kiew, sangen ukrainische Nationallieder und riefen: „Nieder mit der moskowitischen Knechtschaft!“ In den Hauptstraßen kam es zu Zusammenstößen zwischen ukrainischen und polnischen Gruppen einerseits und militärischen Abteilungen andererseits. (Z.)

Eine weitere Stimme für die ukrainische Bewegung. „Selbstbehauptung und Wahrung der deutschen und mitteleuropäischen Interessen“ sagt der Reichstagsabgeordnete Dr. Eugen Jäger in seiner „Allgemeinen Rundschau“ am 17. März ds. Js., ist die einzige Losung, und erinnert an die feindlichen Pläne, Europa in zwei große Herrschaftsgebiete zu teilen, so daß die Westmächte bis zum Rhein, Rußland bis zur Elbe beherrschen würden. Als einen Schutzwall gegen Osten betrachtet der Abgeordnete Jäger das wiederhergestellte Polen, bekennt aber, daß eine Entlastung der schwierigen Lage im Osten erst durch die Befreiung der Ukraine möglich wäre. Er schreibt: „Es ist die Erz- und Getreidekammer Rußlands, von einem aufgeweckten, kulturfähigen Volke bewohnt und würde Rußland vom Schwarzen Meere abschneiden. Rußland als Weltmacht steht und fällt mit dem Besitz der Ukraine. Neben der Hoffnung auf den Abfall der Südslawen und Tschechen von der habsburgischen Monarchie war für Rußland einer der mitbestimmenden Gründe zum Kriege die Absicht, die nationale ukrainische Bewegung vernichten zu können. Daher erklärt sich sein Vorstoß gegen Galizien und die Bukowina, die rücksichtslose Einsetzung seiner Heeresmassen gerade in diesen Gebieten. Neben Polen hat Galizien eine starke kleinrussische (ruthenische) Bevölkerung, die unter dem milden Zepter Habsburgs eine wachsende nationale Selbständigkeit und Selbstverwaltung sich errungen, ihre Volkskraft geweckt, ihr Bildungs-, Schul-, und Wirtschaftsleben auf den geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Fortschritt eingestellt hat. Von hier aus strömen nun diese Gedanken in das unermeßliche Gebiet der Ukraine, zunächst unterirdisch, um die dortigen Ukrainer langsam aufzuklären über den geistigen und wirtschaftlichen Druck, unter dem die Beamten, die Popen und das ganze russische Regierungssystem sie halten. Mitteleuropa hat aber alles Interesse daran, daß diese Bewegung nicht erlahmt und unter dem österreichischen Doppelaar und der schwarz-gelben Fahne sich weiter entfaltet.“ (Z.)

Das österreichisch-ungarische Ministerium des Äußern über die ukrainische Frage. Am 6. März l. Js. empfing in Wien Sektionschef Baron von Flotow namens des Ministers des Äußern den Vertreter des Bundes zur Befreiung der Ukraine, Herrn v. Melenewsky. Im Verlaufe der Erörterung verschiedener ukrainischer Angelegenheiten, die in der vom Präsidium des Bundes zur Befreiung der Ukraine an den Minister des Äußern Grafen Czernin nach dessen Amtsantritt gerichteten Denkschrift erörtert wurden, erklärte Baron Flotow unter anderem, daß die Stellungnahme der österreichisch-ungarischen Regierung zur ukrainischen Frage dieselbe verbleibt, wie sie während der ganzen Kriegszeit war, und daß die österreichisch-ungarische Regierung die Entwicklung der ukrainischen Sache aufmerksam und wohlwollend verfolgt. (Z.)

Der Papst und die Ukrainer. Es ist wohl durchaus kein Armutszeugnis zu nennen, wenn man heute gesteht, daß bis zum Beginn des Weltkrieges in Deutschland und auch in andern Ländern, mit Ausnahme vielleicht von Österreich-Ungarn, über das Volk der Ukrainer herzlich wenig bekannt war. Erst der gewaltige Weltkrieg rückte dieses 38 Millionenvolk, das nun jahrhundertelang unter dem Szepter der Russen geschmachtet hat, mehr in den Vordergrund. Der gewaltige Reichtum der Ukraine an landwirtschaftlichen und bergbaulichen Schätzen hat allenthalben das Augenmerk auf dieses fast ganz Südrußland bewohnende Volk gelenkt und nirgends zweifelt man an der ungeheuren Wichtigkeit der Ukraine für das europäische Staatengefüge. Selbst der Papst interessiert sich lebhaft für das Schicksal dieses Volkes. Wie das Ukrainische Pressebüro mitteilt, hat sich der Papst auf Bitten des Grafen Tyczkiewicz dazu entschlossen, in allen katholischen Kirchen der Erde an einem noch zu bestimmenden Tage eine Kollekte zugunsten der Ukrainer anzuordnen. In gleicher Weise waren vom Heiligen Vater früher solche Kollekten zugunsten der Polen und Litauer veranstaltet worden. (Z.)

Oberingenieur Alfred Klötzer.

Ein russischer Ausfall gegen die unierte Kirche in Galizien. In einem Aufsatz der „Semschtschina“ vom 7. März, also vor dem Petersburger Umsturz, waren gegen die Ukrainer in Galizien und gegen ihre Kirche folgende Ausfälle zu lesen: „Wenn auch die Masepisten die Uniatenkirche unsinnigerweise als Nationalkirche des ganzen kleinrussischen Volkes betrachten, so muß doch zugegeben werden, daß die Uniatenkirche in Galizien in der Tat eine politische Einrichtung, ja zum Herd der antimoskowitischen Propaganda und demzufolge zur Waffe der Masepisten geworden ist. Der Metropolit Andreji Scheptizki ist in Wahrheit ein Masepist. trotzdem er das zu verbergen suchte. Der Erzbischof Chomischin der Stadt Stanislau handelte gröber und aufrichtiger, was indes der römischen Kurie ersichtlich nicht gefallen hat.“ (Z.)

Die ukrainischen Schulen in Wolhynien. Nach den Berichten ukrainischer Blätter über den Stand der ukrainischen Schulen in dem besetzten Teile Wolhyniens bestehen daselbst in zwei Kreisen von Wlodymyr-Wolynskyj und von Kowel 38 Schulen mit ukrainischer Vortragssprache. In diesen Schulen sind 45 Lehrkräfte; in 32 Schulen sind 2164 Kinder. Acht Schulen sind mit Kursen für die schriftkundigen Erwachsenen, drei Schulen mit Kursen für die deutsche Sprache, zwei Schulen mit Teehallen, eine Schule mit Kursen über Holzbearbeitung, eine Schule mit Leihbibliothek verbunden. Die größte Schule in Wlodymyr-Wolynskyj hat vier Klassen, sechs Abteilungen, 221 Kinder und sechs Lehrkräfte. Für den Unterhalt ihrer Schulen haben die Ukrainer in der Zeit vom 1. Februar bis 31. Dezember 1916 gegen 30 000 Kronen ausgegeben, die vom Bunde zur Befreiung der Ukraine aus Spenden aufgebracht wurden. Unter diesen Spenden sind so ansehnliche Beträge, wie 4290 Kronen, die unter den kriegsgefangenen Ukrainern gesammelt und durch den Bund zur Befreiung der Ukraine zugeschickt worden sind, und die Spenden der ukrainischen Legionäre, die seit der Ankunft des Werbekommissariats der ukrainischen Legionäre in Wlodymyr-Wolynskyj über 11 000 Kronen, d. h. über ein Drittel des ganzen Einkommens betragen haben. Diese Spenden der kriegsgefangenen Ukrainer und der ukrainischen Legionäre erhellen einerseits eine hohe kulturelle Stufe des ukrainischen Volkes, andererseits das richtige Verständnis der ukrainischen Legionäre für ihre nationale Aufgabe. Auffälligerweise erwähnt der Bericht keine einzige Schule in den Nachbarkreisen des Cholmlandes und Pidlasje, wo ebenfalls Ukrainer wohnen. (Z.)

Deutsche Stimmen zur ukrainischen Frage. Im Verein für die Geschichte Ost- und Westpreußens zu Königsberg behandelte am 12. März Professor Dr. Brackmann die ukrainische Frage und meinte schließlich, eine politische Selbständigkeit der Ukraine sei zurzeit nicht möglich, wenn auch die Befreiungsbestrebungen dort von den Gebildeten immer noch aufrecht erhalten werden. In der Erörterung über den Vortrag traten verschiedene Vereinsmitglieder für die Ukraine ein, so Oberlehrer Jander, Assessor Dr. Gürten und Geh. Archivrat Dr. Karge. Letzterer warnte eindringlich vor dem Buche: „Die Slawen und der Weltkrieg“ des Berliner Professors Alexander Brückner, der trotz seines deutschen Namens ein nationalistischer Pole sei. (Z.)

Ukrainische Soldatenbücher in Wien. In Wien bemühen sich die Zentralstelle für Soldatenbücher und der ukrainische Kulturverein, ukrainische Bücher an die Front zu senden, vor allem Gebetbücher, Erbauungsschriften, Kalender und Kriegsliteratur. Bisher wurden über 200 000 Schriften den ukrainischen Soldaten übermittelt, doch laufen immer neue Bitten um weitere Sendungen ein. (Z.)

Eine ukrainische Stimme aus Amerika. Auf einer Besprechung von Vertretern der unterdrückten Völkerschaften am 10. und 11. Dezember 1916 in Washington ergriff nach den „Annales des Nationalités“ (1917, Nummer 1/2) auch der Ukrainer Miroslav Sichinski aus New York als Mitglied des Ukrainischen Bundes in den Vereinigten Staaten das Wort. Nach seiner Auffassung wird die ukrainische Frage nur auf dem Schlachtfeld zu lösen sein. Er entwickelte die Geschichte der Ukrainer und klagte, daß infolge der russischen Unterdrückung die Ukrainer als Bewohner eines der reichsten und fruchtbarsten Länder nunmehr eines der ärmsten Völker geworden seien. (Z.)

Eine Verwahrung der Litauer. Nach Mitteilung der „Annales des Nationalités“ (1917, Heft 1/2) haben die Litauer in Europa und Nordamerika einen obersten Nationalrat begründet mit der Aufgabe, die vollständige Befreiung Litauens von jedweder Unterdrückung durchzusetzen. Ein bleibender Ausschuß dieses Rates von zehn Mitgliedern mit dem Sitz in der Schweiz soll das litauische Volk vertreten und mit den kriegführenden Staaten über die Zukunft Litauens verhandeln. Nachdem der polnische Staatsrat in das Wappen des neuen polnischen Staates auch dasjenige Litauens hineingenommen hat, erklärte der Oberste Nationalrat der Litauer in einer Verwahrung, daß diese Aneignung ohne Zustimmung der Litauer erfolgt sei und daraufhin ungerechtfertigte polnische Ansprüche auf Litauen nicht begründet werden könnten.

In einer Flugschrift: „Litauen und seine Probleme“ (Leipzig, bei Teubner) erachtete Erich Zechlin die polnische und litauische Frage für untrennbar miteinander verknüpft und sagte: „Es ist ausgeschlossen, daß die Polen freiwillig auf ihre litauischen Ansprüche verzichten werden; sie werden stets alles bekämpfen, was zur Schwächung ihrer dortigen Machtstellung beiträgt; eine polenfreundliche Politik, die vor Litauen halt macht, würde von den Polen mit Sicherheit als unvollkommen empfunden werden. Andererseits werden die Litauer jede einseitige Begünstigung des Polentums als Schlag gegen sich betrachten, Ganz notwendig wird deshalb die Behandlung der polnischen

Frage ihre Rückwirkungen auf Litauen, auf die Stelle der Litauer haben."

Ende März empfing Staatssekretär Dr. Zimmermann in Berlin eine Abordnung von Litauern aus dem besetzten Gebiet, hörte ihre Wünsche und erklärte, daß die kaiserliche Regierung der litauischen Bevölkerung das größte Wohlwollen entgegenbringe und beim Friedensschluß ihren Wünschen nach Erlangung weitgehender Selbstverwaltung volles Entgegenkommen zeigen werde. (Z.)

Lettische Verleumdungen. In der Schweiz haben sich etliche Letten niedergelassen, dort einen lettischen Ausschuß gebildet und suchen durch eine „Lettische Korrespondenz" mit Hilfe deutschfeindlicher Zeitungen in der Schweiz nach englischem Vorbilde die deutsche Kriegführung zu verleumden. So war in der „Neuen Züricher Zeitung" vom 29. Januar 1917 von einer Lettin namens Krause-Osolin zu lesen, daß angeblich nach einer deutschmitauischen Zeitung in Kurland während der letzten neun Monate nicht weniger als 2000 Letten wegen Hochverrats von den Deutschen hingerichtet worden seien. Auch die „Baseler Nachrichten" vom 18. Februar ds. Js. übernahmen diese Nachricht. Tatsächlich hat aber die „Mitauer Zeitung" niemals eine derartige Nachricht gebracht und konnte sie auch nicht bringen, weil nach der amtlichen Feststellung seit dem 1. April 1916 nicht 2000, sondern nur 26 Letten, und zwar nicht wegen Hochverrats, sondern wegen Kriegsverrats hingerichtet werden mußten. Die Letten in der Schweiz standen offenbar im Dienste der inzwischen beseitigten russischen Regierung, denn sie suchten ihren Landsleuten daheim beizubringen, daß ihnen völkisches Heil nur aus dem Verbleiben bei Rußland erwachsen könne. Nach den erlittenen Niederlagen war man freilich in Petersburg bemüht, die Letten durch Versprechungen zu gewinnen, um sie als Soldaten gegen die Deutschen aufzubieten. Allein die Letten in den von den Deutschen besetzten Gebieten haben inzwischen erfahren, daß ihre völkische und nationale Eigenart unter deutscher Herrschaft ungleich rücksichtsvoller als unter russischer gewahrt werden kann, und sie werden sich von den entarteten Letten in der Schweiz nicht zu Vorkämpfern russischer Interessen herabdrücken lassen.

Nach dem Ausbruch der Petersburger Revolution verlangten die lettischen Nationalausschüsse in Riga und Helsingfors für das lettische Volk weiteste Selbstverwaltung. Am 20. März wurden in Riga große lettische Straßenkundgebungen veranstaltet. In Ansprachen an die Massen forderten lettische Redner die sofortige Auflösung der sogenannten freiwilligen lettischen Bataillone im Felde, die Lossagung von Rußland und die Errichtung einer lettischen Republik. (Z.)

Eine neue Karte des europäischen Rußlands. Recht zur Zeit ist Nr. 34 der Flemmingschen Kriegskarten im Maßstabe 1 : 500 000 von Professor Dr. J. Kettler erschienen (Preis 1 Mk.). Bei großer Genauigkeit erweist sich diese Karte als sehr übersichtlich, zeichnet auch den Verlauf der Frontlinie vom Herbst 1914 bis Februar 1917 ein und bringt eine statistische Zusammenstellung der russischen Bevölkerung, insbesondere der russischen Fremdvölker. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß Finnland mindestens nicht vom geographischen Standpunkt als zum russischen Reiche zugehörig angesehen werden kann. Auch die russische Vorschiebung bis in das Herz Deutschlands war unnatürlich und würde durch eine bessere Abgrenzung, durch die Lostrennung Polens und Kurlands, verbessert werden. Auf der Karte findet sich auch die neue Murmanbahn von Petersburg nach der Kolahalbinsel bei Alexandrowsk eingetragen. (Z.)

Zur Organisation der deutschen Bauernschaft an der Wolga. Nach den Erklärungen der Kaiserin Katharina II. von 1763 sollten die deutschen Ansiedler auf den ihnen zugewiesenen Ländereien an der Wolga volle Selbstverwaltung genießen, und im Schutze dieser Freiheit entwickelten sie ihre Eigenart. Anfänglich geteilt, wurde das Land durch freien Entschluß der Kolonisten zusammengelegt, also Gemeindeeigentum nach Art der russischen Mir-Verfassung. So erhielt das Land einen unpersönlichen Besitzer in Gestalt der Gemeinde, jedes männliche Gemeindeglied aber ein gleiches Nutzungsrecht daran. Von Zeit zu Zeit wurde die Landverteilung erneuert nach Maßgabe der Bevölkerungsbewegung, was zu einer Zersplitterung des Besitzes und zu einer Verengerung des Lebensspielraumes führen mußte. In der Beilage zur „Täglichen Rundschau" vom 14. März hat Dr. Rober Löw die patriarchalischen Zustände, die sich daraus ergaben, angedeutet. Jede Kolonie ist nicht nur ein Staat im Staate, sondern auch eine in sich geschlossene Welt. Ein Zuzug von außen ist unmöglich, ein Wechsel in der Zusammensetzung der Bevölkerung in Jahrhunderten ausgeschlossen. Einer ist Bauer wie der andere, jeder hat den gleichen Anteil am Lande, jeder das gleiche Recht auf Versorgung. Die Kolonie genügt sich selbst in jeder Hinsicht, eine wirtschaftliche und soziale Schichtung tritt nicht ein, es gibt keinen Herrn und keinen Knecht, der einzige „Stand", der nicht von den Bauern im Nebenamt gestellt wird, ist der geistliche, und der Pfarrer kommt von weit her, in der Regel von Dorpat, und hüllt sich in eine streng gewahrte oberpriesterliche Unnahbarkeit. Seine rechte Hand in der Gemeinde ist der eingeborene „Schulmeister", die Vertrauensperson der Kolonisten in geistlichen Angelegenheiten; im übrigen stehen ihm die „Ältesten" zur Seite. Die weltliche Verwaltung und die Vertretung der Gemeinde nach außen obliegt dem „Vorsteher", der die volle Jurisdiktion in Verwaltung, Zivil- und Strafrechtspflege ausübt und in schwereren Fällen selbst körperliche Strafen und die Verbannung aus dem Elternhaus verhängen kann.

Bei diesem System ist dem Individualismus jede Betätigungsmöglichkeit benommen. Ein Erheben des einen über den anderen durch wirtschaftliche Tüchtigkeit ist ausgeschlossen, der Ansporn zur Steigerung der Arbeitsenergie fehlt, und damit der soziale Fortschritt. Der Ehrgeiz dieser konservativen Bauern beschränkt sich auf die tadellose Ordnung und Sauberkeit in Haus und Hof und den guten Ruf in der Gemeinde, der auf peinlicher Einhaltung von Brauch, Schicklichkeit und Herkommen beruht. Die trauten, uns teuren Züge aus deutscher Vergangenheit, als der Großvater die Großmutter nahm, aber in einer nach der Seite der spießbürgerlichen Ehrbarkeit und Wohlanständigkeit gesteigerten Form finden wir in den Kolonistendörfern an der Wolga wieder. Daß dabei aber auch alle Fehler und Schrullen des kleinen Lebens nicht fehlen, vor allem Eigensinn und Starrköpfigkeit, darf uns nicht wundernehmen.

Diese Bauern sind natürlich keine Herrennaturen, auch keine Menschen, die auf Energierekorde ausgehen; es sind vielmehr empfindsame, versonnene, weichmütige Seelen, schlicht, harmlos und ehrenhaft, genau wie es ihre Vorfahren im 18. Jahrhundert gewesen sind. Diese Gemütsbildung läßt wohl Derbheit, aber durchaus keine Brutalität zu. Letztere wird einerseits durch die strenge patriarchalische Verfassung, anderseits durch die pietistische Richtung ausgeschlossen, die in den Dörfern an der Wolga zahlreiche Anhänger zählt und in den Gemeinden den Ton angibt. Wer mit diesen Leuten längere Zeit zu tun hatte, dem wird es auffallen, daß sogar die jungen Männer unter sich keine Zoten reißen, daß ihnen Flüche oder schnoddrige Redensarten überhaupt unbekannt sind. Dagegen ist ihre Sprache, so ursprünglich sie ist, nicht ohne poetische Anschaulichkeit und verrät die starke Beschäftigung der Leute mit der Bibel, die ein treuer Begleiter jedes einzelnen von ihnen ist. (Z.)

Georgiens Wiedererwachen. Um der Unzufriedenheit unter den Fremdvölkern zu steuern, scheint sich Rußland zu kleinen Zugeständnissen veranlaßt zu fühlen. Wie den Ukrainern vor kurzer Zeit in bezug auf Schulen und Kirchen einige Konzessionen bewilligt wurden, will man jetzt offenbar der Unzufriedenheit und den Unabhängigkeitsbestrebungen der Georgier im Kaukasus die Spitze abbrechen. Wie in den „Nachrichten für den Orient" berichtet wird, ist in Petersburg die Errichtung einer selbständigen georgischen orthodoxen Gemeinde am 14./27. Januar ds. Js. zur Tatsache geworden. Der Metropolit Pitirim von Petersburg amtierte mit dem von den Georgiern gestifteten Hirtenstab mit Bischof Anton von Gori und dem Pfarrer der neuen Gemeinde, Tschawtschawadze. Die Gemeinde soll ungefähr 5000 Glieder umfassen. Von besonderer Wichtigkeit für die Georgier ist noch die Meldung, daß im Anfang dieses Jahres in Tiflis eine Ausstellung altgeorgischer Kirchenfresken, die erste dieser Art im Kaukasus, erlaubt wurde. (Z.)

Oberingenieur Alfred Klötzer.

Ein amtliches Handbuch von Polen. Im April läßt der landeskundliche Ausschuß beim Generalgouvernement Warschau unter dem Vorsitz des Majors Jahn ein kurz gefaßtes Handbuch von Polen erscheinen, das deutschen Lesern das geographisch Wissenswerte dieses Landes bieten wird. (Z.)

Europäische Kriegsziele im Südosten. Da es zweifelhaft ist, ob in den leitenden Kreisen der Mittelmächte bereits Klarheit über die anzustrebenden Kriegsziele besteht, so erscheint es angebracht, einzelne Vorschläge über die künftige Gestaltung der Dinge im Südosten anzudeuten. In der „Allgemeinen Rundschau" vom 24. März erörterte der Reichstagsabgeordnete Dr. Eugen Jäger von der Zentrumspartei die Kriegsziele im Südosten. Bulgarien soll danach die Dobrudscha und Neu-Serbien behalten, ferner die Bezirke Nisch und Pirot. Österreich-Ungarn würde in Belgrad den Brückenkopf zum Balkan erlangen und darüber hinaus serbisches Donaugebiet, so daß die habsburgische Monarchie und Bulgarien südlich der Donau aneinander grenzen. Was von Serbien und Montenegro übrig bleibt, sollte am besten nach Jägers Meinung Österreich-Ungarn einverleibt werden, so daß alle Serbo-Kroaten unter der Krone Österreich-Ungarns vereint sein würden. Österreich-Ungarns Stellung an der Adria würde dieselbe bleiben, doch durch Einbeziehung des montenegrinischen Lowtschen befestigt werden. In Albanien soll Österreich-Ungarn auf einige Jahrzehnte die Verwaltung übernehmen, Straßen und Eisenbahnen bauen und den verschiedenen Stämmen Sinn für das gemeinsame Landesinteresse beibringen. Im Fall eines Sonderfriedens mit Rußland könnte die Moldau nach Jägers Vorschlägen den Russen überlassen, dagegen die Walachei als selbständiges, mit den Mittelmächten durch Zoll- und Militärabkommen verbundenes Fürstentum erhalten werden. (Z.)

Druckfehlerberichtigung. Im 1. Februarheft 1917 der „O. Z." finden sich auf Seite 47 unter Mitteilungen zwei Druckfehler: in Zeile 35 soll es heißen über und gleich darunter Spenden (nicht Schweden).

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Falk Heinrich Schupp in Berlin. Verlag J. F. Lehmann in München. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gerhard Reuter in München-Pasing. Druck von Kastner & Callwey, kgl. Hofbuchdruckerei in München.

Vereinsnachrichten.

Der 39. osteuropäische Empfangsabend, zu welchem Herr Schriftsteller Paul Dehn in liebenswürdiger Weise den Vorsitz übernommen hatte, sah eine reichliche Anzahl Gäste aus den südosteuropäischen und morgenländischen, teils verbündeten, teils befreundeten Staaten. Hatte doch der bekannte indische Nationalist, Herr Ingenieur Champakaraman Pillai, versprochen, einen Vortrag über die indische Frau zu halten. Der Redner begann seine Ausführungen mit der Entschuldigung, daß es ihm in der zur Verfügung stehenden knappen Zeit von einer halben Stunde nicht möglich sei, dieses außerordentlich umfangreiche Thema so zu behandeln, daß möglicherweise jeder der Anwesenden das hört, was er gerade gern zu hören wünscht. Er wolle den bescheidenen Versuch machen, eine kurze Skizze über die Lebensweise der indischen Frau, ihre Stellung in Vergangenheit und Gegenwart zu entwerfen. Zunächst wies er an zahlreichen Beispielen darauf hin, daß die indische Frau zu allen Zeiten geachtet und geehrt worden sei, ja man habe zweifelsfreie Beweise, daß in den früheren vedischen Zeiten die Frauen Gleichberechtigung mit Männern genossen haben. Diese Behauptungen stützen sich auf viele Stellen in den Bramanas und andern religiösen Büchern. Gelehrte Frauen habe es im Altertum in größerer Anzahl gegeben, so daß in den Dramen von Kalidasa aus dem 5. Jahrhundert die unvermeidlichen Scherze über gelehrte Frauen fast zur Regel geworden seien. Auch in Kriegszeiten hätten die indischen Frauen eine große Rolle gespielt. Ihr Heldenmut habe sich in volkstümlichen Gesängen und Erzählungen von Geschlecht zu Geschlecht vererbt. Besonders als staatskluge Herrscherinnen seien indische Frauen oft hervorgetreten. Hier sei besonders zu erwähnen Maharani Jhindan, die als Vertreterin ihres minderjährigen Sohnes die Zügel der Regierung über Pundjab führte. Sie wird als ebenso kluge wie energische Herrscherin geschildert, deren wunderbare Organisation des Staatswesens und der Arbeit den Engländern, die bereits bis an die Grenzen ihres Reiches vorgerückt waren, ein Dorn im Auge gewesen sei. Um das Land annektieren zu können, wurde von ihnen wie üblich ein Krieg provoziert. Nach einem ein Jahr währenden Kampfe wurde die Sikharmee der Königin geschlagen und sie selbst gezwungen, einen Vertrag zu unterschreiben, der den Engländern das Recht gab, in Lahore einen Residenten einzusetzen. Das war ihnen jedoch noch nicht genügend. Sie wollten das Land vollkommen annektieren, fürchteten aber einen Aufstand des Volkes wenn sie die Königin gewaltsam entfernen würden. Durch treulose Ränke erzwang man von dem jungen, erst zwölf Jahre alten König ein Verbannungsdekret gegen seine eigne Mutter. Die Engländer führten sie darauf nach Shekpur und später nach der heiligen Stadt Benares in die Verbannung, wo sie bald darauf schwer erkrankte. Auf die Nachricht von dieser Erkrankung empörte sich die Bevölkerung des Pundjab aufs neue gegen die Engländer und besiegte auch im Anfang deren Armee. Durch die modernen Geschütze und Gewehre wurde es den Engländern aber bald möglich, das Land vollkommen zu unterjochen. Der junge König wurde nach England geschleppt und durfte seine Heimat nie wiedersehen. Seine Mutter aber lag in Benares ungepflegt und verlassen. Als ihr Zustand sich mehr verschlimmerte, habe man beschlossen, sie nach England zu ihrem unglücklichen Sohn zu bringen. Aber die einst mächtige Königin der Sikhs war eine Wahnsinnige geworden. Trotzdem brachte man sie an Bord eines Dampfers, wo sie jedoch bald durch den Tod von ihren Qualen erlöst wurde. So endete das Leben einer indischen Heldin. Der Redner entwickelte nun in anschaulicher Weise das Familienleben der indischen Mädchen bis zu ihrer Verheiratung. Die indische Frau hätte zum Teil nicht mehr die Freiheiten der alten vedischen Zeiten. Teils durch fremden Einfluß und teils durch die Priesterkaste, die Brahmanen, die sich die religiöse und soziale Gesetzgebung angeeignet haben, wurden die Frauen ihrer sozialen Freiheiten beraubt. Die Priesterkaste fordert göttliche Verehrung und beschränkt in jeder Weise die Freiheit der andern Kirchen. Dies sei aber nur auf den Selbsterhaltungstrieb der Brahmanen zurückzuführen. Ein Beispiel, wie die Brahmanen die vedischen Sprüche nach ihrem Willen auslegen, sei die barbarische Sitte der Witwenverbrennung. Diese Sitte sei in Altindien nicht bekannt gewesen, auch gäbe es denn in den Veden keine Stelle des Inhalts, daß die Witwen verbrannt werden sollen. Eine Erklärung für diese Sitte sei die Deutung der folgenden Stelle in den Veden: „Ohne Tränen, ohne Kummer, bedeckt mit Juwelen, mögen die Frauen zuerst auf den Altar gehen." Diese Stelle hätten die Priester wie folgt ausgelegt: Der Ausdruck für „zuerst" im Sanskrit heiße „agre". Nur durch Änderung eines Buchstabens könne man dieses Wort für „agre" lesen. Dieses Wort bedeute: in den Flammen. Es sei aber mit Freude festzustellen, daß diese Sitte schon lange nicht mehr in Indien bestehe. Übrigens sei sie auch niemals im ganzen Lande bekannt gewesen, sondern hätte sich hauptsächlich auf das südliche Bengalen beschränkt. Das moderne Indien strebe nach Entwicklung in allen Richtungen. Glücklicherweise nehme die Macht der Brahmanen von Tag zu Tag ab. Man habe sogar in diesem Jahre noch eine antibrahmanische Liga in Südindien gegründet. Indien befinde sich in einer Periode der Renaissance. Einige der einheimischen Staaten berühen sich, die Entwicklung der Frau in jeder Hinsicht zu fördern. In Baroda habe sich die Zahl der schulbesuchenden Mädchen von 9 Prozent im Jahre 1905 auf 47 Prozent im Jahre 1910 vermehrt. Die indischen Frauen nehmen an öffentlichen Arbeiten teil. Einige hätten moderne Universitätsbildung und seien tätig als Rechtsanwälte, Ärztinnen und Professorinnen. In den Schulen sind Hindufrauen als Lehrerinnen in hervorragender Zahl vertreten. In Matras gäbe es eine ausgezeichnete Zeitschrift für Damen, die von einer indischen Frau mit Hochschulbildung herausgegeben wird. Zum Schluß bemerkte der Redner, daß außerordentlich tatkräftig an der weiteren Ausbildung der indischen Frau gearbeitet wird. Der richtige Erfolg würde sich aber erst einstellen, wenn Indien seine Freiheit wiedergewonnen hätte.

Außerordentlich lebhafter Beifall lohnte den Redner für seine interessanten Ausführungen. Nach kurzer Pause war Fräulein Rosemeier bereit, die zahlreich Versammelten durch einige mit guter Stimme vorgetragene Lieder zu erfreuen. Im Anschluß daran trugen noch einige der anwesenden Gäste durch Klavierspiel zur allgemeinen Unterhaltung bei. (Z.)

Oberingenieur Alfred Klötzer.